

Mit uns für Baden Württemberg



Landesparteitag Sindelfingen 17.1.1976



Inhalt

	Seite
Rede des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger	1
Rede von Ludek Pachmann	20
Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschland, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg	25
Wahlplattform der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1976	38

Rede des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger

Meine Damen und Herren,
Liebe Parteifreunde,

am heutigen Tag eröffnet die CDU von Baden-Württemberg den Wahlkampf um die Landtagswahl am 4. April. Bei dieser Wahl geht es um grundlegende Entscheidungen für die Zukunft dieses Landes Baden-Württemberg, aber auch für die Zukunft der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

Für Baden-Württemberg geht es darum, ob die von der CDU gestellte Landesregierung ihre Politik fortsetzen kann. Eine Politik, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Bürger orientiert, die mit der geschichtlich gewachsenen Kultur und dem liberalen Geist unseres Landes übereinstimmt, die von einer breiten Mehrheit aller Bürger getragen wird und die sich durch **Solidität, Ehrlichkeit und Voraussicht** auszeichnet.

Unter der Verantwortung der von mir geführten Landesregierung geht es den Bürgern dieses Landes besser als unseren Mitbürgern in manchen anderen Ländern der Bundesrepublik. Wir haben die Herausforderung der wirtschaftlichen Krise besser bestanden. **Die Arbeitsplätze sind durch unsere Politik im ganzen sicherer als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen.** Dort hat die SPD die Wähler im Frühjahr 1975 mit dem Versprechen eines bevorstehenden Aufschwungs betrogen. Die Arbeitnehmer haben ihr Vertrauen mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze entgelten müssen.

Inzwischen aber, meine lieben Parteifreunde, durchschauen immer mehr Bürger die Täuschungen der Bonner Koalition. Die Vorgänge in Niedersachsen sind ein Signal. Dort ist die Linkskoalition am Ende.

In Niedersachsen haben SPD/FDP die Landtagswahl verfälscht. Seit fast zwei Jahren regieren sie gegen den Wählerwillen. Schließlich haben die Bürger Niedersachsens die CDU zu der mit Abstand stärk-

sten Partei gemacht. Es rächt sich nun, daß dieses Votum des Bürgers mißachtet wurde. Es rächt sich nun, daß die angeblich so liberale FDP trotz der Entscheidung der Wähler um jeden Preis an ihrer SPD-Bindung festgehalten hat. So etwas kann auf die Dauer nicht gut gehen.

Die Bonner Koalition ist ins Mark getroffen. Hannover ist für uns ein Zeichen der Ermutigung. Selbst der Bundeskanzler muß eingestehen: Die Chancen der CDU für die Bundestagswahl sind gestiegen. Ich sage das auch den Kleinmütigen in unseren Reihen. Sie wissen jetzt: **Es lohnt sich zu kämpfen.** Wir wollen und wir können den Linksblock in Bonn ablösen.

Die Entscheidung in Baden-Württemberg ist aber auch von außerordentlicher Bedeutung für die ganze Bundesrepublik. Von dem Sieg der CDU hängt die gesicherte Mehrheit der Union im Bundesrat ab. Wenn die Bilanz der beiden Bonner Blockparteien nicht noch katastrophaler ausfällt, als es ohnehin der Fall ist, dann ist dies allein der **konstruktiven Politik der Union im Bundesrat** zu verdanken. Sie hat wesentliche Verbesserungen in den Gesetzesvorlagen der Regierungsmehrheit zum Wohl aller Bürger durchgesetzt. Solange wir die Mehrheit im Bundesrat behalten, meine Damen und Herren, wird es in der Bundesrepublik Deutschland keinen Marsch in den Sozialismus geben.

Letzten Endes entscheiden die Bürger an diesem Sonntag im April darüber, ob die Wertordnung, auf die wir unsere Politik bauen, auch weiterhin Maßstab für politisches Handeln sein soll. Es geht darum, ob in diesem Land auch in Zukunft **Solidarität und Partnerschaft mehr gelten als Volksverhetzung und Klassenkampf; soziale Gerechtigkeit mehr als sozialistische Gleichmacherei; Wertbewußtsein und Heimatliebe mehr als Bindungslosigkeit und ständige Miesmacherei unseres Landes.** An diesem 4. April geht es darum, die Menschen unseres Landes vor einer Gleichschaltung im Denken zu bewahren. Es geht darum, auch wenn es die Herren Eppler und Bangemann nicht wahrhaben wollen, die Freiheit gegen den Sozialismus zu verteidigen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner, hat aus Anlaß seiner Aufstellung zum Kandidaten für den Bundestag in Hamburg erklärt, daß sich in diesem Jahre nun endgültig die Frage stelle, ob die letzten 10 Jahre „Episode“ werden oder Beginn des Tiefpflügens und Gestaltens unserer Ordnung. „Laßt die SPD“, so ruft er aus, „nicht ausmanövrieren aus einer solchen Schlüsselstellung. Haben wir das überstanden, dann werden wir uns, jetzt sag ichs mal so, strukturellen Änderungen zuwenden können. Das kommt alles. Dem wollen wir uns nicht entziehen. Nur, wir sollen nicht versuchen alles auf einmal zu machen.“ So weit Herr Wehner.

Liebe Parteifreunde, wir haben allen Grund, Herrn Wehner für diese Worte dankbar zu sein. Mit diesen Worten des Fraktionsvorsitzenden ist eines der größten Täuschungsmanöver der Nachkriegszeit entlarvt worden. Wir haben es in diesem Kampfe mit einem Gegner zu tun, der mit einem Manöver der Täuschung, Verfälschung der Tatsachen und der Verschleierung der verhängnisvollen Konsequenzen einer vorkommunistischen Politik den Wähler über die Wirklichkeit betrügen will. Wir haben es mit einer Täuschung von grandiosen Ausmaßen zu tun.

Der SPD geht es um die Erhaltung ihrer Machtposition in Bonn. Sie weiß, daß sie dies nur tun kann, wenn sie Wähler aus der Mitte des politischen Parteienspektrums gewinnt. **Sie weiß auch, daß sie diese Wähler durch sozialistische Tendenzen abschreckt; sie darf also ihren wahren Charakter nicht zeigen, sondern sie muß in ein Gewand schlüpfen, das dem Wähler der Mitte gefällt.** Deshalb wurde auf dem Mannheimer Parteitag Einigkeit, Geschlossenheit und Bürgerlichkeit demonstriert. Deshalb gibt sich der linke Flügel diszipliniert, und deshalb hat man bei der Mitbestimmungsregelung und beim Hochschulrahmengesetz nachgegeben.

Dem Mannheimer Parteitag der SPD lag eine ausgeklügelte Regie zugrunde. Die Gegensätze zwischen den Systembewahrern und den Systemüberwindern wurden übertüncht. Die Risse zwischen den Linksaußen und dem Rest der Partei verkleistert. **Die Jusos gingen in den Keller.** Der wahre Zustand der SPD kann aber damit nicht verborgen werden. Die drei großen SPD-Bezirksverbände, die sich für die Investitionskontrollen aussprachen, waren schließlich keine unbedeutende Minderheit. Und kürzlich, beim Juso-Kongreß in Esslingen, hat die Regie nicht mehr geklappt. Die Jusos haben vielmehr das Drehbuch zerrissen und sind darauf herumgetrampelt, als man diejenigen tadelte, die Arm in Arm mit den Kommunisten gegen den Extremistenbeschuß demonstriert hatten. Und die Juso-Bundesvorsitzende hat sich gerühmt, daß sich die Jungsozialisten beim Orientierungsrahmen '85 vollauf durchgesetzt haben.

Wer in aller Welt ist so naiv zu glauben, daß die Jusos endgültig im Keller bleiben? Das tun sie doch nur so lange, bis die Wahlen vorüber sind. Das haben wir doch schon mehrfach erlebt. Diese Linke der SPD wartet bis ihr Tag gekommen ist. Für sie ist der Mitbestimmungskompromiß eine unerträgliche Zumutung. Sie schlucken ihn nur, weil es das Spiel um die Machterhaltung in Bonn nun einmal so will. Danach aber wird „tiefgepflügt“. Im Wehnerschen Sinne bis zur völligen Vergesellschaftung der Wirtschaft. **Es möge sich niemand darüber täuschen, daß die Neomarxisten in der sozialdemokratischen Partei eine breite Basis haben.**

Es ist übrigens nicht das erstemal, daß von der SPD ein solcher Täuschungscoup unternommen wird:

Im Jahre 1959 warf Herbert Wehner die ganze bis dahin erfolglos gebliebene Oppositionspolitik im Bereich der Innen- wie der Außenpolitik wie einen lästigen Ballast über Bord und vollzog die radikale Schwenkung zu einer Politik der Umarmung der erfolgreichen CDU. Das geschah mittels des Godesberger Programms, mit dem man sich bürgernah gab, um Stimmen zu fangen. Auch damals mußte **Wehner** widerstrebende Genossen beschwichtigen. Er tat es mit der Versicherung, daß sein Programm ja keinen Riegel gegen Systemveränderungen enthalte. **Sobald man an der Macht sei, habe man die Möglichkeit wieder eigene Politik, die eigentliche Politik zu treiben.** Diese Stunde brach dann im Jahre 1969 an.

Bei diesen Spielen hat jeder seine Rolle. Herr Schmidt legt Bekenntnisse zur sozialen Marktwirtschaft ab, redet von der Notwendigkeit der Unternehmergewinne und wäscht den Jusos den Kopf. Herr Brandt schwelgt unterdessen vom „demokratischen Sozialismus“ und von der „neuen Mitte“, was immer das sein mag. Für die christlichen Wähler wird die Bergpredigt bemüht, etwa die Tugend der Barmherzigkeit. Der zweite Akt dieses Verwirrspieles im Großformat bringt oder soll bringen die Verwischung der Verantwortlichkeiten. Sie alle erleben es seit Jahr und Tag, wie die Regierung Helmut Schmidt sich bemüht, ihre Verantwortung für Inflation, Arbeitslosigkeit und gigantische Staatsverschuldung herunterzuspielen bzw. auf andere zu schieben. **Wir aber lassen es nicht zu, daß sich diese Herren so einfach aus der Verantwortung davonstehlen.** Unsere Aufgabe ist es, sie festzunageln, so wie das der Parteifreund von Helmut Schmidt, Bundesbankpräsident Klasen, getan hat, mit dem Wort, daß diese **Krise hausgemacht** ist und nicht aus dem Ausland importiert. So wie der Vorsitzende des Sachverständigenrates Kloten kürzlich der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben hat, daß sie seit 1969 das Stabilitätsgesetz völlig in den Wind geschlagen und dadurch die Talfahrt eingeleitet wurde.

Im dritten Akt beherrscht Nebel die Szene.

Es wird vernebelt, daß die groß angekündigten Reformen der SPD- und FDP-Regierung geplatzt sind. Vor allem aber verschleiert diese Regierung, welche verheerenden Folgen ihre gescheiterte Politik nach sich zieht. **Herr Schmidt sagt dem Volke unentwegt** – fast auf den Tag genau – **wann der Aufschwung kommt:** Im Winter fürs Frühjahr, im Frühjahr für den Frühsommer, im Frühsommer für den Herbst und im alten Jahr für das Neue Jahr. Es verschweigt aber, daß auch bei Besserung der Konjunktur die schweren Folgen für Staat und Wirtschaft, damit aber auch für jeden einzelnen Bürger vorerst weiter bestehen bleiben.

Wir wollen und wir werden nicht vergessen, daß der heutige Bundeskanzler Helmut Schmidt angesichts eines Defizits im Bundeshaushalt

von 3¹/₂ Milliarden Deutschen Mark unter dem damaligen Bundeskanzler Erhard erklärte: ein Politiker gehöre dafür ins Gefängnis. Dieser gleiche Mann trägt heute die **Verantwortung für ein Defizit allein im Bundeshaushalt im Jahre 1975 von 43 Milliarden Deutschen Mark.** Das bedeutet, daß durch die Politik dieser Regierung auf jede vierköpfige Familie in unserem Land ein Schuldenanteil von 5.000 DM entfällt. Seit 1972 sind jeden Tag Schulden gemacht worden in Höhe von 100 Millionen DM, das entspricht insgesamt der Hälfte aller Sparleistungen der gesamten Bevölkerung seit 1945.

Der Blick in die übrigen Staaten der westlichen Welt kann kein Trost sein, denn wir haben das in einer Rekordzeit von wenigen Jahren geschafft, was ohne Beispiel ist. Selbst wenn es mit der Konjunktur wieder aufwärts geht, bleibt das sogenannte strukturelle Defizit mit über 30 Milliarden DM bestehen. Wenn dafür die Rezession der Weltwirtschaft verantwortlich wäre, dann hätten Alex Möller und Karl Schiller nicht zurückzutreten brauchen. Nein, dieser Bundeskanzler hat als Finanzminister der Brandt-Regierung dafür die volle Verantwortung zu tragen, der er sich heute entziehen will.

Liebe Parteifreunde, **das Experiment einer vorsozialistischen Politik,** also einer Politik, die eine Umformung unserer Gesellschaft in Richtung auf den Sozialismus hin einleitet, angekündigt durch die Parolen von Herrn Brandt im Jahre 1969, wonach die Demokratie jetzt erst beginne, wonach die Lebensqualität verbessert werde, **hat die Zahl der Arbeitslosen auf 1,2 Millionen und der Kurzarbeiter auf über 700000 ansteigen lassen.**

Diese Politik hat auch die realen Zukunftschancen eines wesentlichen Teils der deutschen Jugend zerstört. In einem sinnlosen Reformrausch sind die Milliarden verschleudert worden, die der Sicherung der Arbeitsplätze für die Zukunft hätten dienen sollen. **Seit 1969 ist die Investition von 100 Milliarden DM unterblieben,** die heute fehlen und die wir jetzt mit dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, auch für unsere Jugend bezahlen müssen. Die Einlösung dieser Hypothek wird von uns allen große Opfer verlangen. Es bleibt nur der eine Weg den die Landesregierung in Baden-Württemberg eingeschlagen hat: **der Weg des Sparens.**

Man muß es deutlich sehen: die Politik dieser Bundesregierung hat nicht Fortschritt, sondern Rückschritt bewirkt. Nicht die Demokratie, sondern die Bürokratie hat zugenommen. Inflation und Verteilungskampf haben die Bevölkerung unzufrieden gemacht. Rezession und Arbeitslosigkeit haben sie unsicher gemacht. Und vor allem: diese Politik ist durchaus unsozial und ungerecht. Sie trifft die Schwächeren in unserer Gesellschaft am stärksten. Was wir seit Anfang der siebziger Jahre prophezeit haben ist eingetreten.

Und noch eines müssen wir mit Deutlichkeit sehen: hinter dieser Po-

litik steckt eine Ideologie, steckt der Wille, den Sozialismus herbeizuführen, wenn auch auf verschlungenen Wegen und wenn auch Schritt für Schritt. Die Vokabel vom demokratischen Sozialismus, die Herr Brandt mit so viel Eifer immer wieder gebraucht, darf uns über die wahren Absichten nicht hinwegtäuschen. Hinter diesem Wortgeklingel steckt nicht primär der Wille, Demokratie zu verwirklichen, sondern Sozialismus zu verwirklichen.

Und wenn die Demokratie das nicht schafft, den Sozialismus zu verwirklichen, dann ist sie den demokratischen Sozialisten nicht viel wert. Dann muß das System eben überwunden oder gesprengt werden. Das wird nicht auf der offenen Bühne des Mannheimer Parteitags gesagt. Aber das ist ganz zweifellos die Absicht des größeren und des stärkeren Teils der SPD-Mitglieder. Ich stelle die Frage: Wie steht es mit dem einstigen Exponenten der Linken in der SPD. Wie steht es mit Herrn Eppler, der doch in der vorderen Front der Linken gestanden hat? Gilt das, was er heute gesagt hat, gilt das, was er gestern gesagt hat oder gilt das was er morgen sagen wird.

Hier muß unser Angriff einsetzen. Der Vorstellung von der Demokratie als einer Einbahnstraße in Richtung Sozialismus müssen wir unsere Vorstellung von einer freien und offenen Gesellschaft entgegensetzen. Die Vorstellung einer rechtsstaatlichen, parlamentarischen Demokratie, eines liberalen und pluralen Gemeinwesens.

Wir wollen kein System, das diejenigen, die es verwalten mit Machtbefugnissen ausstattet, die den Menschen notwendigerweise ver sklaven. **Wir wollen Freiheit und Selbstbestimmung für alle.** Wir wollen, daß alle Bürger in Freiheit am gesellschaftlichen Fortschritt teilhaben. Wir wünschen keine gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, an deren Ende es wiederum zwei Klassen gäbe: **eine Klasse der Betreuenden und eine Klasse der Betreuten.** Funktionäre würden den Staat in einen Selbstbedienungsladen für sich selbst verwandeln und den Rest der Gesellschaft sozial und geistig entmündigen. Sie würden diesem Rest Lebenschancen nach Normen zuteilen, welche die Funktionäre selber setzen.

Bei der Ostpolitik der Bonner Blockparteien haben die Täuschungen bereits zu den unvermeidlichen Enttäuschungen geführt. Die von uns erbrachten Leistungen haben keine Gegenleistungen ausgelöst. Die in Aussicht gestellten menschlichen Erleichterungen sind weitgehend ausgeblieben. Der Todesstreifen und die Zwangsadoptionen sind berechte Zeugen dafür, daß die unmenschliche Trennung der Bevölkerung nicht überwunden, sondern noch vertieft worden ist. Die von Herrn Brandt so hochgelobte Entspannungspolitik hat eine Verstärkung des sowjetischen Kriegspotentials bewirkt, während die NATO schwächer geworden ist. Wohin soll das noch führen?

Wo bleiben die Garantien unserer Sicherheit? Wenn hier nicht entschieden gegengesteuert wird, dann werden wir eines Tages nicht mehr zu wählen haben, ob wir den Sozialismus wollen oder nicht.

Es war für uns alle grotesk, bei der 100-Jahrfeier für **Konrad Adenauer** mitzuerleben, wie SPD und FDP sich anmaßten, ihre Ostpolitik als Fortsetzung der Adenauer'schen Politik zu verkaufen. Adenauer war nicht nach der Art der Herren Brandt und Bahr. Adenauer hat immer hart verhandelt. Niemals hätte er solch einseitige Verträge abgeschlossen.

In Warschau weinte Wehner dem Rapacki-Plan warme Tränen nach. Eben zur gleichen Stunde aber vernahmen wir in einer Gedächtnissendung die Stimme des ersten Bundeskanzlers, der eindringlich die Gefahren des Rapacki-Planes für die Sicherheit Europas beschwor. Das hinderte Herrn Schmidt nicht daran, Konrad Adenauer für die jetzige Bundesregierung in Anspruch zu nehmen, um damit **die Milliardenzahlungen an Polen** zu rechtfertigen. Das ist eine Verfälschung des politischen Testaments Konrad Adenauers. **Das ist politische Erbschleicherei, die wir nicht zulassen werden.**

Herr Wehner hat uns jüngst in Warschau als **antipolnische Chauvinisten** beschimpft. Er hat auf ausländischem Boden einen verleumderischen Angriff gegen die parlamentarische Opposition in Deutschland gestartet ohne die ernsthaften Argumente der Opposition, die ihm ja bestens bekannt sind, auch nur in Erwägung zu ziehen. Dieses Verhalten charakterisiert sich selbst.

Herr **Brandt** hat uns in Mannheim als **Sicherheitsrisiko** verleumdet. Im Jahre 1972 hat er die **Mobilisierung der Betriebe** angekündigt und hat mit „**holzen**“ gedroht.

Herr Kühn in Nordrhein-Westfalen hat den Wählern verkündet, **das Land sei unregierbar, wenn die Opposition siegt** und hat damit unverhüllt angekündigt, was auf der Straße passiere, wenn der Wähler nicht der Regierung, sondern der Opposition die Mehrheit gebe.

Meine Freunde, hier manifestiert sich der Machtwille und der Wille zur Machterhaltung auf Seiten der maßgeblichen Vertreter der SPD in einer Weise, die nichts mehr mit Demokratie zu tun hat. **Hier wird die Anwendung außerdemokratischer Mittel zur Erhaltung der Macht verkündet.**

Unsere schwer erkämpfte Demokratie ist auf ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit der Demokraten angewiesen. Wer diese Grundüberzeugungen um der Machterhaltung willen preisgibt und wie die SPD den verbalen Bürgerkrieg erklärt, der zerstört die Grundlagen unseres demokratischen Staates.

Die FDP macht große Anstrengungen, **altliberale** Wähler zurückzugewinnen. Sie möchte vergessen machen, daß sie sich an die SPD gebunden hat – in Bonn ebenso wie in Stuttgart. Am gleichen Tag

jedoch, als Genscher beim Dreikönigstreffen in Stuttgart vollmundig den **Geist der Liberalität** beschwor, hat das FDP-Vorstandsmitglied, Frau Schuchardt aus Hamburg, im Fernsehen die Katze aus dem Sack gelassen. **Sie hat erklärt, daß die von Herrn Friderichs betriebene Wirtschaftspolitik nicht die der FDP sei und daß für die Basis der FDP nichts anderes als die Koalition mit der SPD in Frage komme. Was ja auch hier bei uns in Konstanz bestätigt worden ist.**

In der Tat hält seit 7 Jahren die garantiert liberale FDP den Sozialisten in Bonn den Steigbügel. Aber auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und in Hessen: Jetzt will die FDP auch in Baden-Württemberg die Sozialisten in den Sattel heben. Wir wissen nur zu gut, wohin der Ritt führen wird: Es ist der Ritt in den garantiert illiberalen Versorgungs- und Verwaltungsstaat.

Niemand wird sagen können, die Konstanzer Entscheidung der FDP für die SPD sei inkonsequent. Im Gegenteil. Seit Jahren wärmt die FDP sich wohligh am Lagerfeuer der SPD. Seit Jahren kocht sie dort ihr Süppchen, ohne zu fragen, ob es der Bevölkerung mundet oder nicht. Ich nenne Beispiele: Beim Krankenhausgesetz macht sie die kollektivistischen Verrenkungen der SPD freudig mit. Die Energiesicherung torpediert sie so verantwortungslos wie die SPD die Pläne der Regierung. In der **Verleumdungskampagne gegen unsere Bemühungen, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten**, übertrifft sie die SPD. Das ist dreimal FDP-Zusammenarbeit mit der SPD.

Aber es geht weiter. Ich stelle die Frage: Hat die FDP uns bei der **Ablehnung** des gerade im Land der Häuslesbauer absurden **Planungswertausgleichs** unterstützt? Nein. Stand sie uns zur Seite, als es galt, die ständige **Benachteiligung des Landes** bei den Konjunkturprogrammen abzuwenden? Ebenfalls nein. Hilft sie uns beim Kampf gegen törichte Absichten, **die Berufsausbildung bürokratisch umzugestalten?** im Sinne von mehr Staat, von mehr Zentralisation und mehr Ausschaltung der Betriebe? Abermals nein. Dreimal Nein; dreimal FDP-Zusammenarbeit mit der SPD.

Und schließlich: Wo ist der Beitrag der FDP zu **Steuererleichterungen** für die mittelständische Wirtschaft? Hier ist Fehlanzeige auf der ganzen Linie. Wir haben um Unterstützung der FDP hierfür geworben. Wir saßen nicht nur im Bundesrat, sondern auch im Vermittlungsausschuß der FDP gegenüber. Ich selbst der Frau Lieselotte Funke. Wir haben Signale gegeben. Die Antwort: Schweigen im Walde, Ablehnung der FDP. Mittelstandsfeindlichkeit bei der so entscheidenden Steuerreform des Jahres 1974. Wo bleibt ihr **Sparkonzept**, um liberale Politik zu treiben, um Investitionen freizuschaukeln, um der freien Initiative unserer mittelständischen Unternehmer aufzuhelfen?

Fehlanzeige. Wo sind ihre **Anstrengungen, das werdende Leben zu schützen?** Auch hier Fehlanzeige. Dreimal Fehlanzeige; dreimal FDP-Zusammenarbeit mit der SPD.

Dreimal drei ist neun – nach Adam Riese. Neun Beispiele, die zeigen, wie garantiert **links die FDP steht**, wie garantiert **links ihr Herz schlägt** und wie garantiert **links ihr Kopf denkt**.

Diesen ihren neuen Standort will die FDP geflissentlich verschleiern. Kein Mittel ist ihr dazu zu schade. Um den Wähler zu täuschen, hängt man sich wieder altliberale Feigenblätter um, deren man sich ehemals – und solange ist es ja noch nicht her, daß wir uns nicht bestens daran erinnern würden – mit Wollust entledigte.

Als es damals galt, meine Damen und Herren, Mitte und Ende der 60er Jahre mit der SPD zu neuen Ufern aufzubrechen. Da hat man doch die Altliberalen aus dem Boot gestoßen und jetzt will man sie – grotesker Einfall **jetzt will man sie, die Altliberalen, sogar als Gallionsfigur an das eigene Boot wieder vorne anbinden**. Das ist doch eine Täuschung, meine Damen und Herren.

Es muß einem um den Ehrenvorsitzenden der FDP von Baden-Württemberg wirklich leid tun. Wolfgang Haußmann hat es nicht verdient, so mißbraucht zu werden, wie er am Dreikönigstag mißbraucht worden ist. Mit solchen Methoden, mit solchen Verschleierungskünsten aber wird die FDP keine altliberalen Wähler zurückholen. Die sind nämlich nicht dumm, wie sie verkauft werden sollen; die sind sehr wach und haben den Kurs der FDP mit der SPD in der praktischen Politik genauestens mitverfolgt.

Diese Altliberalen können doch nichts von einer Partei halten, deren Vorsitzender **als Generalsekretär im Bund abgehalftert wurde; als Vorsitzender im Lande nur noch auf Abruf walten darf**, aus Mangel an einem anderen Manne, der jetzt bereit und in der Lage wäre, den Vorsitz zu übernehmen; deren Vorsitzender **bei der Koalitionsaussage in Konstanz desavouiert** wurde und **der schon vor der Wahl erklärt, in Baden-Württemberg keine Verantwortung tragen zu wollen**. Der aber jetzt mit besonderem Eifer die scharfe Abgrenzung gegenüber der CDU propagiert, eine Abgrenzung, die er Wochen und Monate lang hindurch im Lande als nach seiner Auffassung falsch verkündet hat. Was soll man davon, was soll man von einem solchen Vorsitzenden halten.

Die Bevölkerung von Baden-Württemberg muß doch wissen, woran sie ist. Und nun, meine lieben Freunde, die Abgrenzungspirouetten, die der Herr Genscher derzeit mit sichtlicher Freude nach allen Seiten, also auch nach der SPD hin, unternimmt, die sind doch nicht glaubwürdig und sie werden doch auch zu gar nichts nutzen. Diese Pirouette ist Herrn Genscher übrigens – das ist ganz bezeichnend –

nach der Seite der SPD hin auch völlig mißglückt. Das hat der geniale Zeichner der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ganz trefflich dargestellt. Diese Abgrenzungspirouette nach der SPD hin mißrät Herrn Genscher zu einer devoten Verbeugung, während er der CDU/CSU demonstrativ seinen Rücken – ich muß sagen, seinen sehr verlängerten Rücken – entgegenstreckt. Die CDU und daran ist überhaupt nicht zu deuteln, aber das müssen wir in diesem Wahlkampf der Bevölkerung immer und immer wieder einhämmern und mit größter Deutlichkeit sagen: Die CDU ist die einzige nichtsozialistische Alternative in diesem Lande und in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir müssen, meine Freunde, tun was sein muß und fragen, was ist: **Jede Stimme für die FDP ist eine Stimme für die SPD und für Eppler.** Das ist der Tatbestand. **Der Gegner der CDU ist die linke Blockpartei aus SPD und FDP.** Diesen Gegner müssen wir ernst nehmen. Er ist ein entschlossener Gegner. Er wird nichts unversucht lassen, die CDU aus der Regierungsverantwortung zu drängen und wir wären töricht, meine Freunde, wenn wir den Ernst dieser Lage nicht erkennen. Wir müssen in der Tat um jede einzelne Stimme ringen. **Ich kann nur warnen, meine Freunde, vor jener Einschläferung, die wir hier und dort erleben, in dem trügerischen Glauben, das sei in Baden-Württemberg ja mehr oder weniger schon gelaufen.** Ich bin sehr mißtrauisch, meine Damen und Herren, gegen solche Einschläferungspillen. Wir müssen darauf antworten. **Die absolute Mehrheit in Baden-Württemberg gewinnt keine Partei,** mag sie noch so groß sein zu normalen Zeiten, **die nicht mit dem allerletzten Einsatz um jede einzelne Stimme kämpft.**

Sie werden es jetzt erleben, wie von Bonn gerade aufgrund der Ereignisse in Niedersachsen ganze Regierungsmannschaften nach Baden-Württemberg einfliegen um das, was möglicherweise in Hannover geschieht, in Baden-Württemberg wieder auszugleichen. **Hier hilft nur die Mobilisierung der ganzen Partei, des ganzen Volkes von Baden-Württemberg.** Meine Freunde, wir die CDU von Baden-Württemberg, brauchen mit dieser Mobilisierungskampagne nicht erst anzufangen. Wir haben die Bevölkerung in den ganzen 4 Jahren unterrichtet. Diese ganzen 4 Jahre haben wir nicht administrativ zugebracht in der CDU, sondern kämpferisch, draußen in der Nähe des Bürgers. **Es gibt keine Partei in Baden-Württemberg, die mehr Bürgernähe praktiziert hätte, als die CDU von Baden-Württemberg.**

Und wenn uns da, weil man nichts anderes gegen uns sagen kann, nachgesagt wird, wir seien eine Partei mit der Anmaßung der Macht, wir seien überheblich, dann sollen doch diese Herren einmal nur ein Bruchteil von dem an **Bürgernähe praktizieren,** was wir Tag für

Tag und Woche für Woche und Monat für Monat und in diesen ganzen Jahren praktiziert haben, bis an die Grenze der physischen Erschöpfung.

Und im übrigen, meine lieben Freunde, die Auseinandersetzung im sachlichen, dort wo es um die Taten, um die Politik geht, die brauchen wir mit den Blockparteien in Baden-Württemberg nicht zu scheuen. Wir haben im Jahr 1972 das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen nach einer weiß Gott nicht leichten Arbeit der CDU in der damaligen Regierung einer Großen Koalition. **Heute können wir vor die Bevölkerung treten mit dem Leistungsausweis dessen, was eine Alleinregierung von CDU in Baden-Württemberg zu bewirken vermag.** Dieser Leistungsausweis liegt heute den Bürgern mit einer Leistungsbilanz der Regierung vor, die minuziös erarbeitet ist und die nach dem Grundsatz aufgestellt wurde, der unsere ganze Arbeit getragen hat: **Nicht mehr versprechen, sondern mehr leisten, als man versprochen hat. Das ist unser Kontrast zu Bonn.**

Nach 23 Jahren CDU-Führung und auch nach einer langjährigen Tätigkeit in der Verantwortung dieses Landes dürfen wir weiß Gott für unsere Partei in Anspruch nehmen, daß sie die maßgebende, tragende politische Kraft im Lande ist, und daß wir dieses Land solide verwaltet haben. Wir dürfen feststellen, daß dieses Land gut und fest regiert ist, daß ordentliche Gesetze gemacht worden sind und, meine Freunde, daß die CDU zu keiner Zeit einen kurzsichtigen Opportunismus betätigt hat. Das auch nicht vor den Wahlen. Wir haben die heißen Eisen, die anzufassen waren, angefaßt, auch wenn wir unsere eigenen Parteifreunde damit belastet haben. Dabei **vertrauen wir darauf, daß der Bürger letzten Endes auf die sieht, die ein vertrauenswürdiges Konzept ihrer Politik vorbringen können und denen man auch zutraut, daß nach einer Phase der Opfer es aufwärts geht, und daß man aus dem Grund auch „ja“ sagt zu einer solchen Politik.**

Meine Freunde, ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich sagen, daß die von der CDU gestellte Regierung in einer ganz ausgezeichneten Weise mit der CDU-Fraktion des Landtags mit unserem Freund Späth und mit allen anderen Freunden in der Fraktion zusammengearbeitet hat. Dadurch konnte das Konzept der Regierung auch im Landtag durchgetragen und verwirklicht werden.

Wenn wir heute einen Blick zurückwerfen und das ist ja nach 25 Jahren legitim, wie der deutsche Südwesten zu Beginn der 50er Jahre ausgesehen hat: Ein armes zerstückeltes Grenzland und wie nun ein in allen Landesteilen blühendes neues Gemeinwesen entstanden ist. Ob Alemanne oder Schwabe, Franke oder Pfälzer, sie alle sehen Baden-Württemberg heute als ihr Land an, in dem es sich zu leben lohnt.

Es war nicht selbstverständlich, daß man das erreichen konnte. Nach wie vor sind wir ein rohstoffarmes Land. Nach wie vor fehlt es uns an eigenen Energiequellen. Dennoch sind wir heute das industriereichste und das exportstärkste Land in der Bundesrepublik. Wir sind auch das Land und wir sind stolz darauf, **mit der größten Handwerkerdichte** und mit einem gediegenen Bauernstand. Wir haben das größte Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland und diese Spitzenstellung, meine Freunde, das ist besonders wichtig, haben wir in der Krise, in der wir uns jetzt befinden, nicht nur gehalten, sondern vielfach noch ausgebaut. **Wir haben eine geringere Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg als in allen anderen Bundesländern.** Obwohl diese Krise auch den Export betraf, was bei uns normalerweise eine stärkere Arbeitslosigkeit hätte auslösen müssen, als in dem übrigen Bundesgebiet. Dazu bedurfte und bedarf es allerdings einer aktiven Strukturpolitik. **Die Landesregierung hat alles unternommen um die Wirtschaftsstruktur unseres Landes auszubauen.** Wir haben allein seit 1974 116.000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder in ihrem Bestand erhalten. Auf jeden Arbeitsplatz, der seit 1974 verlorengegangen ist, kommen heute 3 Arbeitsplätze, die durch unser Liquiditätshilfeprogramm gesichert worden sind. **Die Arbeitslosigkeit, das können wir mit Fug sagen, wäre ohne diese großen Anstrengungen heute doppelt so hoch in Baden-Württemberg wie sie in Wirklichkeit ist.**

Der Fall Audi/NSU, wo wir eine Entlassung von 10 000 Arbeitskräften durch den VW-Konzern abgewendet haben, so daß kein einziger arbeitslos geworden ist, meine Freunde, ist nur eines, allerdings spektakuläres Beispiel für unsere Arbeit. Es vergeht keine einzige Kabinettsitzung, bei der uns nicht Fälle von hilfeschendenden mittelständischen Unternehmen vorgetragen werden. Am vergangenen Dienstag dieser Woche abermals zwei große Betriebe, bei denen es insgesamt um 2500 Arbeitsplätze geht. Auch hier hatte der Wirtschaftsminister Dr. Eberle wieder sein Konzept und er hat dem Kabinett darüber berichtet. Wir können und wir wollen helfen, und wir werden auch diese Arbeitsplätze nach Möglichkeit erhalten.

Ich stelle hier einmal die Frage, meine Freunde, was ist eigentlich soziale Politik. **Eine Politik, die vorgibt, für den Arbeitnehmer in erster Linie da zu sein und die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zur Folge hat oder eine Politik wie die unsrige,** die den Mund nicht so voll nimmt, die aber wirklich für den Arbeitnehmer etwas tut. Vor Ort, Tag für Tag und mit Besonnenheit und Vernunft.

Wir haben als CDU von Baden-Württemberg nicht umsonst die Politik für den Arbeitnehmer zu einem der Schwerpunkte unserer politischen Arbeit gemacht. Wir haben nicht umsonst um den Arbeitnehmer geworben und wir sind glücklich darüber, daß die CDU von Baden-

Württemberg – das zeigen alle Wahlen in den vergangenen Jahren seit etwa 1960 – daß die CDU **die Partei** in Baden-Württemberg ist, die von den **meisten Arbeitnehmern** gewählt wird. Das gilt auch bis auf den heutigen Tag.

Ich habe die kosmetisch verbesserte Demoskopie der SPD heute in den Blättern gelesen. Meine Damen und Herren, das ändert nichts daran, wie günstig wir in bezug auf den Arbeitnehmer in Baden-Württemberg stehen und wie ungünstig hier die SPD.

Wir haben und das ist ein weiteres wichtiges Feld, **schwerpunktmäßig den Mittelstand gefördert,** weil er ganz besonders in dieser Krise gelitten hat. Die Krisenfestigkeit und die Sicherheit der Arbeitsplätze bei uns hängt davon ab, daß wir aktive Mittelstandspolitik betreiben und betrieben haben. Wir haben ja zu Beginn dieser Legislaturperiode das Wirtschaftsministerium eigens auch das **Ministerium für Mittelstandspolitik** genannt und das war nicht nur eine Deklaration, wir haben das in die Tat umgesetzt, in der glaubwürdigsten Weise, die es gibt. Wir haben erst in den letzten Monaten ein **Mittelstandsgesetz** verabschiedet und wir haben ein **Mittelstandsprogramm** verabschiedet, das monatelang durch die Anhörung der Verbände und aller Betroffenen hindurchgegangen ist. Wir haben die volle Zustimmung der Beteiligten gefunden. Wir werden die Stärkung, die Vermehrung der Arbeitsplätze in den mittelständischen Betrieben auch in der Zukunft als eine Hauptaufgabe unseres Landes betrachten und der **Sachverständigenrat hat uns bestätigt,** daß wir damit auf dem richtigen Wege sind.

Deshalb werden wir, meine Freunde, unter gar keinen Umständen den Rezepten der SPD und des Herrn Eppler folgen, die uns geradezu groteske Vorschläge in bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machten. Da wird uns doch vorgeschlagen, wir sollten den Öffentlichen Dienst stellenmäßig verstärken, um die Menschen von der Straße weg zu bringen. Ja, hier frage ich Sie: notwendig ist doch nicht eine Verstärkung des Öffentlichen Dienstes, sondern Einsparungen bei der öffentlichen Hand, damit wir Investitionen für die Wirtschaft bekommen und daß damit die Arbeitsplätze sicherer werden.

Wir werden unter gar keinen Umständen dem anderen Rezept folgen, daß man **Wirtschaftsförderung in der Zukunft nicht so sehr auf dem flachen Lande, sondern nur noch in einzelnen ausgewählten Regionen treibe,** aber die übrigen Regionen sich selbst überlasse, vielleicht unterstützt mit Subventionen und Finanzausgleichen. Nein, meine lieben Freunde, das genaue Gegenteil entspricht unserer Landesentwicklungspolitik. Sie zielt darauf ab, gleiche Chancen für Stadt und Land schaffen, das Leistungsgefälle zwischen Stadt und Land abzubauen und wir kämpfen darum, daß das, was in der Zwischenzeit an industrieller Entwicklung, an Verbesserung der Infra-

struktur geworden ist, bis hin zur Bildungsstruktur draußen in den peripheren Landschaften, **daß all das bleibt, daß es verstärkt wird.** Wir wollen **nicht die Ausblutung des flachen Landes,** denn wir wissen: letzten Endes profitieren auch die Städte davon. Eine Gesundung der großstädtischen Ballungsräume, eine Gesundung unserer Großstädte insgesamt kann doch nur gelingen, **wenn das ganze Land in einem Konzept steht, das insgesamt uns einen Aufschwung wieder garantiert.**

Meine lieben Freunde, es möge sich einmal jeder Bürger vor Augen führen, was aus unserer Entwicklungspolitik im Lande werden würde, was aus unseren ländlichen Räumen werden würde, wenn aus den dort erzielten strukturellen Erfolgen nun eine Entleerung würde. Wenn wir dem Konzept der SPD unter Eppler eine Chance geben würden.

Wir können in diesem Wahlkampf gar nichts besseres tun, als der Bevölkerung ein Licht über die merkwürdigen Vorstellungen der SPD-Strukturpolitiker im Bezug auf unser Land aufzustecken. Dann werden die Bürger von alleine die richtige Wahlentscheidung finden.

Meine Freunde, unser Sparkonzept, das wir als erstes Bundesland in einer geschlossenen Form vorgelegt haben, hat gar keinen anderen Zweck, als die Mittel für die notwendigen Investitionen freizukämpfen, die für die weitere Entwicklung in unserem Lande brauchen. Ich möchte hier aber auch ausdrücklich anerkennen, daß Fraktion und Regierung dieses Sparkonzept geschlossen vertreten, obwohl uns natürlich vor Augen steht, daß das keineswegs leicht und erst recht nicht populär ist. Aber wie ich schon vorher sagte, wir vertrauen darauf, daß unsere Bürger lieber bereit sind einmal etwas Hartes auf sich zu nehmen, wenn dahinter eine Konzeption steht, die den Aufschwung wieder als sicher erscheinen läßt.

Unsere Bevölkerung ist so vernünftig, daß sie genau weiß, daß man beim Sparen nicht nach dem Rezept verfahren kann, wasch mir den Pelz aber mach mich nicht naß.

Man kann auch nicht so verfahren, wie es die Opposition haben möchte und wie sie das immer wieder bestätigt: wenn's schwierig wird, ist man im allgemeinen für das Sparen, aber im speziellen, dort wo es konkret wird, da wo es lästig wird, da wo es weh tut, sträubt man sich dagegen. Das ist doch unsere Erfahrung im Parlament. Wenn wir konkrete Sparmaßnahmen durchführen, dann haben wir von SPD und FDP im Parlament und draußen im Lande nichts an Unterstützung, immer nur Abwehr, ja Gegnerschaft.

Unser Sparkonzept umfaßt 4,6% unseres Haushaltsvolumens und ist glaubwürdig, ernsthaft. Demgegenüber sind die 2,5% Einsparungen, die der Bund in seinem Bereich vorgesehen hat, völlig unzureichend. Bei einer Schuldaufnahme von allein 40 Milliarden DM pro Jahr in

den Jahren 75 und 76 hätte der Bund ganz andere Anstrengungen machen müssen, um glaubwürdig zu erscheinen. Offensichtlich sträubt sich die Bundesregierung, vor den Wahlen den Bürgern durch ein glaubwürdiges Sparprogramm die Konsequenzen ihrer Politik wenigstens auf einem Sektor fühlbar zu machen. Sie will daher zu dem bequemen Aushilfsmittel greifen: nämlich zu Steuererhöhungen. Wir sagen demgegenüber mit großer Deutlichkeit: **Wer nicht bereit ist, bei sich selbst ernsthaft zu sparen, der hat auch kein Recht, anderen noch tiefer in die Tasche zu greifen.** Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre ein **Betrug am kleinen Mann** und sie wäre auch das Gegenteil von dem, was die Wirtschaft, die um den Aufschwung kämpft, ertragen kann. Aus diesen Gründen sagen wir mit Entschiedenheit **Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer.** Kein anderer als Bundeskanzler **Helmut Schmidt** hat noch im Mai 74 die Erhöhung der Mehrwertsteuer als einen Betrug am kleinen Mann gekennzeichnet und Bundesfinanzminister **Apel** hat sogar noch im August 1974 die Erhöhung der Mehrwertsteuer einen schlechten Witz genannt und er hat hinzugefügt: „**wir denken nicht daran, den Bürgern mit der einen Hand zu geben und mit der anderen Hand zu nehmen. Das wäre nicht nur unsozial, das wäre unseriös.**“ Jawohl, meine Damen und Herren, das ist **unsozial** und das ist **unseriös**, und das werden wir in Bonn mit unserer Stimmabgabe bekunden. Es wird ohne die Zustimmung der CDU/CSU-regierten Bundesländer, darunter Baden-Württemberg, keine Erhöhung der Mehrwertsteuer geben.

Meine Damen und Herren, bei seiner Neujahrsansprache hat Helmut Schmidt sich nicht geniert, zu behaupten, die Bundesregierung habe bis Ende des Jahres 75 ein **Finanzpolster** erwirtschaftet. Meine Damen und Herren, von honorigen Leuten erwartet man, daß sie so mit der Wahrheit nicht umspringen. Bei einem 40-Milliarden Defizit von einem **Finanzpolster** zu reden, das ist nichts anderes, es fehlen mir dafür parlamentarische Ausdrücke, **das ist nichts anderes, als eine dreiste Unverschämtheit.** Jetzt stellen Sie sich einmal vor, ich will hier ein Parallelbeispiel machen: Ein Familienvater nimmt 100.000 DM Schulden auf. Er verbubelt 90.000 DM davon und am Ende des Jahres erklärt er stolz im Familienkreis: Er habe gut gewirtschaftet und er habe sich ein nettes Finanzpolster von 10.000 DM zugelegt.

Diese Neujahrsansprache des Bundeskanzlers enthielt noch einen anderen Hammer, nämlich die von ihm, Helmut Schmidt, vorausgesagte Aufwärtsentwicklung sei tatsächlich eingetreten. Er belegte dies mit der Behauptung, die Arbeitslosenzahlen des Jahres 75 seien geringer ausgefallen als angenommen. Meine Damen und Herren, hier wird wirklich die Bevölkerung für dumm verkauft. Die Bundes-

regierung hat zu Jahresbeginn von 1975 die Arbeitslosenzahl, das kann man ja auch nachlesen, auf 600.000 Personen geschätzt. Die Wirklichkeit sieht nun so aus: Ende Dezember 75 haben wir 1,2 Millionen Arbeitslose. Aber zu dieser Wirklichkeit hat die Regierung, die Bundesregierung ein völlig gestörtes Verhältnis. Sie will die Dinge einfach nicht wahrhaben und fälscht sie um.

Hier werden krasse Fehlentwicklungen, hier werden schwere wirtschaftspolitische Niederlagen umgefälscht zu Erfolgen.

Was ist an dieser Politik, so frage ich, noch glaubwürdig?

Für die CDU gehören die Wahrung des Rechts und die Garantie der Sicherheit im Innern zu den Grundpfeilern einer demokratischen Rechtsordnung. Bei uns bedurfte es nicht erst des Blutvergießens von Stockholm, um das Thema „Innere Sicherheit“ zu entdecken. Wenn wir vordem von innerer Sicherheit sprachen, von der Lücke, die dort besteht, dann wurden wir als Dramatisierer gebrandmarkt. Aber nach Stockholm war auf einmal auf den Bänken der Koalition in Bonn ein kolossaler Eifer zu erblicken.

Meine Damen und Herren, wir haben mit unserem **Sicherheitsplan** ein umfassendes Aktionsprogramm aufgestellt. Schon weit zurück in den vergangenen Jahren, Schritt für Schritt, wird das in die Tat umgesetzt und auch in der schwierigen Finanzlage des Landes halten wir daran fest. Es gehört aber zur inneren Sicherheit auch eine feste Haltung gegenüber den Versuchen von Verfassungsfeinden, in den öffentlichen Dienst einzudringen. Hier wiederhole ich ein Wort von Wehner **„wozu eigentlich Revolutionäre mit Pensionsberechtigung“**.

Wir halten daran fest: was im Januar 1972 vom damaligen Bundeskanzler Brandt mit allen Ministerpräsidenten der deutschen Länder gemeinsam beschlossen worden ist, das muß auch weiterhin gemeinsam gelten. Wenn man auf der Seite von SPD und FDP soviel von der Gemeinsamkeit der Demokraten spricht. Hier ist der Platz, wo man sie betätigen muß und von dieser gemeinsamen Plattform haben sich SPD und FDP entfernt. Was die Regierung jetzt als Entwurf für ein Extremistengesetz vorlegt, das ist der Ausdruck des Unvermögens in der mangelnden Durchsetzung gegenüber den Linken. In der Basis ist man gar nicht soweit voneinander entfernt. Aber weder Herr Maihofer noch die Ministerpräsidenten und Innenminister der SPD-regierten Länder haben es gewagt, in das Gesetz das hineinzuschreiben, was wir seinerzeit vereinbart hatten, weil die Linke einen geschlossenen Angriff gegen jenen gemeinsamen Beschluß vom Januar 1972 unternommen hat. Im Ergebnis läuft der jetzige Regierungsvorschlag darauf hinaus, daß die Pforten des öffentlichen Dienstes für Kommunisten geöffnet werden. Darüber können all die gewundenen Erklärungen von Herrn Maihofer nicht hinwegtäuschen. Ich

brauche hier nicht zu betonen, daß unser Verfahren, meine Freunde, so wie wir es betätigen Rechtsstaatlichkeit bis zum letzten verwirklicht. Wer hier wie die andere Seite von Schnüffelei spricht, der bedient sich der kommunistischen Dialektik, die den Sinn der Worte umdreht und die Tatsachen einfach verfälscht.

Es brauchen doch unsere deutschen Kommunisten und ihre Nachläufer und ihre Nachbeter doch nur einmal in die kommunistisch regierten Staaten zu sehen, da erleben sie doch was Schnüffelei ist, meine Freunde. **Wir haben doch in Solschenyzin, meine Freunde, einen Kronzeugen vor der ganzen Welt, für das was Schnüffelei in Wirklichkeit ist.** Wie weit ist es denn mit gewissen Sozialdemokraten und mit gewissen Freien Demokraten gekommen, daß sie dieses Vokabular der Kommunisten übernehmen und Tag für Tag im Munde führen. Meine Freunde, **wenn der stellv. Landesvorsitzende der baden-württembergischen FDP mit DKP-Leuten in einer Aktionsgemeinschaft** „Weg mit den Berufsverboten“ – auch das eine linke kommunistisch dialektische Formulierung und Verfälschung – zusammenarbeitet, dann muß ich sagen, wie weit ist es mit der FDP dieses Landes gekommen, daß sie das Treiben von Herrn Enderlein auf dem Dreikönigstag, auch noch ausdrücklich billigt und, daß der 2. stellvertretende Landesvorsitzende auch noch unter dem Beifall des Parteitages sagen kann, daß Herr Enderlein Mut zur Demokratie bewiesen hat. **Wenn das der Mut zu morgen ist, den die FDP beschwört, dann gute Nacht FDP.**

Wir beherzigen jedenfalls die Lehren von Weimar. Wir verteidigen diesen unseren Staat und von dieser Entschlossenheit kann uns nichts, aber auch gar nichts abbringen und, meine Freunde, wir sind doch nicht auf einer Insel der Seligen. Wir wissen doch, daß unter der Decke unserer staatlichen Ordnung sich Agitatoren befinden, daß Terroristen uns bedrohen und daß in der ganzen Welt ein internationales Netz von Terroristen besteht. Wir dürfen doch nicht nur wenn in Stockholm oder sonst spektakulär etwas in unserem Lande geschieht uns auffallen, hier eine Abwehrfront zu bilden. **Wir müssen für den Bürger beharrlich und kontinuierlich für die Sicherheit sorgen, auf die er nach der Verfassung einen Anspruch hat.** Und das besorgen wir.

Meine Freunde, die Landtagswahl in Baden-Württemberg ist auch eine Entscheidung für die ganze Bundesrepublik. Denn unser Land wirkt über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Wir haben die Interessen unseres Landes beim Bund gewahrt. Wir haben sie kraftvoll vertreten. Wir waren nicht engstirnig, wir waren kooperativ. Wir haben die Verantwortung für das Ganze im Auge gehabt. Auch wenn es Herrn Helmut Schmidt und wenn es der SPD und FDP nicht gefällt. Wir betonen die Kraft des echten Föderalismus und wenn

Herr Schmidt sagt, die Opposition betreibe Obstruktion im Bundesrat und das hat er nicht nur einmal gesagt, dann stellt das einen Anschlag dar auf Geist und Buchstaben unserer Verfassung, dem wir entschieden entgegentreten. **Wir sind davon überzeugt, daß der Bundesrat als Verfassungsorgan eine unverzichtbare Funktion im ganzen unseres Staates innehat.** Wir wollen dafür sorgen, daß der Bundesrat auch in der Zukunft eine wirksame Machtkontrolle über die Bundesregierung ausübt, gleichgültig, von welcher Seite die Bundesregierung gestellt wird. Der Bundesrat war immer ein Wächter der föderalistischen Rechte und, meine Damen und Herren, es ist mit einer Ausnahme kein einziges Gesetz an ihm gescheitert.

Ohne die baden-württembergische Arbeit im Bundesrat gäbe es heute ein **Hochschulrahmengesetz**, das die funktionsunfähige Gruppenuniversität mit sozialistischen Mitbestimmungsregelungen und Dauerdiskussionen festschriebe.

Ohne uns gäbe es **nicht** die Initiative zur Einführung eines **Verlustrücktrages** und einer steuerfreien Rücklage für Wiederbeschaffung, die so wichtig für den Mittelstand sind. Ohne uns würde die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Bundesrat und Bundestag anstandslos passieren.

Auch in der Mitbestimmungsfrage, ich erwähnte es schon, ist die Bundesregierung voll auf die Linie der Union eingeschwenkt. Hätte es die Hamburger Beschlüsse der CDU nicht gegeben über die Mitbestimmung, dann wäre auch die FDP nicht dazu bewegt worden, hier etwas mehr bei der Mitbestimmung vom Koalitionspartner zu verlangen. Es ist doch Tatsache, daß der jetzt gefundene Kompromiß unseren CDU-Vorstellungen fast bis auf das i-Tüpfelchen entspricht. Das ist die Leistung der Opposition auch durch ihre Rolle im Bundesrat.

Und nun, meine Freunde, lassen sie mich zum Schluß kommen. Bei dieser Wahl vom 4. April geht es vor allem um unser Land Baden-Württemberg. Der Rechenschaftsbericht, der von der CDU getragenen Regierung liegt vor Ihnen. Wir brauchen das Urteil der Bürger über unsere Arbeit nicht zu scheuen. Denn wir haben nach dem Grundsatz gehandelt, den ich vorhin zitierte: **Mehr verwirklichen als versprechen – im Gegensatz zu den Sozialisten.**

Wir Baden-Württemberger haben einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit. Das ist auch eine Sache des Herzens. Die Blockparteien haben ungerechte Benachteiligungen unseres Landes ungerührt hingenommen. Sie haben kein Herz für Baden-Württemberg bewiesen. Wir aber werden unbeirrt dafür kämpfen, daß unserem Land auch in der Zukunft Gerechtigkeit zuteil wird. Baden-Württemberg bietet seinen Bürgern mehr Sicherheit als jedes andere Bundesland, weil wir den Bürger vor Verbrechen schützen und den Rechtsstaat verteidigen;

weil wir alles daran setzen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Das sind die Grundlagen unserer Sicherheit und damit werden wir auch die Zukunft meistern.

In Baden-Württemberg weiß man, daß der Staat sparen muß und nicht dem Bürger in die Tasche greifen darf. **Bei uns weiß man, daß man in Krisenzeiten zusammensteht und Opfer bringen muß.** Dann geht es auch ohne Steuererhöhung. Baden-Württemberg hat den Beweis erbracht. Sparsamkeit hat unser Land groß gemacht, so muß es auch bleiben.

Bei uns in Baden-Württemberg sind Freiheit und Liberalität zu Hause. Liberal sein heißt **nicht**, die Dinge treiben lassen. Liberal sein heißt, entschlossen für die Freiheit der Mitbürger eintreten, damit wir auch künftig leben können, **frei von Angst und frei von sauertöpfischer Bevormundung.**

Die Baden-Württemberger wissen: **sein Glück muß sich jeder selbst erarbeiten.** Wir wollen dafür die Voraussetzungen schaffen: mit einer soliden Landespolitik, mit einer Politik für den Menschen. Dazu gehört auch Solidarität mit den Bürgern in unserem Lande, die sich nicht selbst helfen können, mit den Armen, mit den Kranken und mit den Schwachen und mit den Behinderten.

Unsere baden-württembergischen Landsleute wollen eine bürgernahe Regierung und Verwaltung. Diese Bürgernähe hat die CDU ganz groß geschrieben. Davon zeugen unsere Kreisbereisungen und die „Vor-Ort-Aktionen“ der Fraktion und die „Vor-Ort-Aktionen“ der Minister. Tun, was der Bürger will, das ist die Politik der Volkspartei CDU. **Auch in Zukunft müssen die Sorgen und Nöte unserer Bürger Richtschnur der Politik in diesem Lande sein.**

Unser Land Baden-Württemberg ist schließlich geprägt vom Fleiß, von der Sparsamkeit und der Bodenständigkeit seiner Menschen. **Heimatliebe und Bürgerfreiheit** sind hier fest verwurzelt. Diese Tugenden helfen uns, auch schwere Zeiten zu bestehen. **Diese Tugenden, meine Freunde, gilt es zu bewahren.** Diese Tugenden gilt es zu retten bei unserer Wahl am 4. April.

Mit uns für Baden-Württemberg.

Rede von Luddek Pachmann

Herr Vorsitzender,
Liebe Parteifreunde!

Diesen Ausdruck – ja, es stimmt, daß ich diesen Ausdruck „Parteifreunde“ noch üben muß. Ich habe ihn heute zum ersten Male angewandt – und ich halte es eigentlich für eine zu große Ehre, daß das wahrscheinlich jüngste Mitglied der CDU die Gelegenheit bekommt, Ihren Landesparteitag herzlich zu begrüßen und Ihnen einen durchschlagenden Erfolg bei den Wahlen zu wünschen.

Vorgestern habe ich mit Stolz meinen Freunden in Prag folgendes mitgeteilt: Ich bin seit einem einzigen Tag CDU-Mitglied und bereits wurde eine Landesregierung gestürzt. Ihr werdet sehen, habe ich geschrieben, was passiert, wenn ich mehrere Monate Parteimitglied bin: nämlich im Herbst dieses Jahres.

Aber Spaß beiseite. Ich muß mich zu etwas bekennen. Ich bin zwar das jüngste Mitglied der CDU, aber ich bin schon ein älterer CDU-Sympathisant. Als ich noch in Prag war, vor meiner Ausreise, bestand für mich überhaupt kein Zweifel über die Frage, wo ich meine künftige politische Heimat suchen werde. Es benötigte in meiner Situation, wo ich einmal in der Haft war, dann wieder in meiner Wohnung eingekreist von den Geheimpolizisten – es benötigte wirklich keines politischen Scharfsinns, um zu erkennen, **wie unrealistisch, illusionistisch die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ist.** Hätte ich damals in Prag die politischen Begriffe der Bundesrepublik Deutschland etwas besser gekannt, hätte ich bestimmt diese Ostpolitik als ein Sicherheitsrisiko für ganz Europa bezeichnet. Diese Politik beruht nämlich auf einer totalen Fehleinschätzung der Ziele und der strategischen Konzeption des sowjetischen Kommunismus. Herr Breschnew mußte es natürlich für eine gute Anekdote halten, als er zum ersten Mal von dem „Wandel durch Annäherung“ gehört

hat. Natürlich bestrebt auch er eine Annäherung, eine Annäherung, bei der er in Washington oder Bonn seine Privatsammlung um immer neue Cadillac- oder Mercedes-Wagen vergrößert. Er macht aber gleichzeitig alles dagegen, daß diese Annäherung für die ganzen Völker gelten könnte, und daß diese Annäherung sogar für einen großen Teil dieses Volkes gelten kann. **Eine Annäherung, aus der die Völker ausgeschlossen werden, kann natürlich zu keinem positiven Wandel führen.**

Die drei Jahre des Aufenthaltes in meiner neuen Heimat haben mich überzeugt, daß diese Einschätzung der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition richtig war. Sie haben mich jedoch auch davon überzeugt, daß gerade die CDU eine echte und richtige Alternative zu dieser illusionistischen Politik hat – und zwar eine friedliche Alternative, die zu keiner Isolierung, zu keiner Abgrenzung zu Osteuropa führen würde, denn das wäre falsch. Dieses freiheitliche System hat überhaupt keine Veranlassung, sich abzugrenzen, sich zu isolieren. Aber eine Alternative, bei der die Kontakte mit dem Osten im beiderseitigen Interesse liegen und nicht die eine Seite einseitig bevorzugt und für die andere Seite Rechtspositionen ohne Gegenleistungen aufgibt.

Die CDU pflegt in ihren Reihen auch keine falschen Propheten, die sich selbst als Vorbild für die ganze Nation darstellen möchten, und die dazu überhaupt keine politische und moralische Qualität haben. Die Außenpolitik ist jedoch nicht der einzige Grund, warum ich von Anfang an seit meiner Ausreise die CDU in ihrem politischen Kampf unterstützt habe. Ich habe Deutschland zum ersten Male im Jahre 1947 besucht. Viele von Ihnen können sich gut erinnern, wie dieses Land damals aussah. Dann besuchte ich dieses Land öfter. Bis 1968 waren es nur kürzere Besuche. **Aber ich fühlte schon damals eine tiefe Bewunderung für die Resultate, für den friedlichen Aufbau, der hier in Deutschland geleistet wurde. Ich war mir später erst dessen bewußt, daß es nicht nur das Resultat des Fleißes und der Fähigkeiten des deutschen Volkes war, sondern auch das Resultat einer richtigen, zielbewußten, konsequenten Politik. Es war eine Politik, die die bereits erreichten Werte, die Errungenschaften der europäischen Gesellschaft konsequent verteidigte.** Solche Werte wie persönliche Freiheit der Menschen, solche Werte wie funktionierende Soziale Marktwirtschaft, und die gleichzeitig eine harmonische Weiterentwicklung dieser Gesellschaft ermöglichte. Es gibt auch andere Vorstellungen, es gibt auch andere Konzeptionen der möglichen Entwicklung. Wir haben in unserem Lande eine andere Konzeption ausprobiert. In der Torheit meiner Jugendjahre gehörte ich zu denjenigen, die ungeduldig waren, die sofort durch eine Revolution die Gesellschaft ändern wollten. Es gelang uns ausgezeichnet, die großen Errungenschaften der europäi-

schen Zivilisation zu zerstören – im Namen des künftigen Glücks, im Namen der Utopien. Aber wir konnten dann diese Utopien nicht verwirklichen. Zwanzig Jahre später suchten wir verzweifelt und vergebens einen Weg zurück. Wir unternahmen einen Versuch. Der Prager Frühling war nichts anderes als ein Versuch, die persönliche Freiheit der Menschen wieder zu erreichen, die Meinungsfreiheit, den politischen Pluralismus.

Es hat sich erwiesen, daß es viel leichter ist, etwas zu zerstören als etwas wieder zu erreichen. Solche Systemveränderer sind jedoch auch in diesem Lande am Werk. Ihre letzte Argumentation besteht in dem Begriff „demokratischer Sozialismus“. Auch das ist nichts Neues. Das war auch unsere letzte Hoffnung im Jahre 1968. Wir haben selbst festgestellt – und davon zeugen unsere Erfahrungen, daß es keine Synthese von gesellschaftlichen Systemen geben kann, die gegensätzlich zueinander stehen. Man muß in der Gesellschaft immer wählen können zwischen zwei möglichen Alternativen: zwischen einem kollektivistischen System, das künftig dem Menschen Glück verspricht, das bisher immer kläglich versagte und das Glück nicht verwirklichen konnte und einem großen Wert der menschlichen Gesellschaft, einem Wert, der erst das menschliche Leben würdig macht, der Freiheit des menschlichen Individuums.

Ich halte es deswegen immer für meine Pflicht, davor zu warnen, daß im Namen des künftigen Glücks Konzeptionen durchgesetzt werden, die 130 Jahre alt sind, und die überall so schrecklich und kläglich versagten, wo sie angewendet worden sind.

Die Union führte zwischen 1949 und 1969 dieses Land auf dem Wege einer harmonischen Weiterentwicklung, auf dem Wege eines wirklichen und nicht eines fiktiven Fortschritts. Jetzt gibt es als Folge der letzten 7 Jahre viel zu reparieren. Dabei denke ich nicht in erster Linie an das riesige Defizit im Bundeshaushalt und den öffentlichen Haushalten. Vor allem denke ich an die Schwächung des demokratischen freiheitlichen Systems, die eine ernste Gefahr bedeutet für diese Gesellschaft. Es ist in manchen politischen Kreisen und es ist in den zwei Regierungsparteien ein Streitproblem, eine ungeklärte Frage, ob das freiheitliche System überhaupt das Recht habe, sich selbst zu verteidigen. Aber das Recht auf Notwehr ist ein legitimes Recht jedes Menschen und natürlich auch jeder gesunden Gesellschaft. Deswegen sind und müssen jedem aufrichtigen Demokraten die Diskussionen über den Radikalenerlaß völlig unverständlich sein. **Natürlich** darf es nicht den Feinden der Demokratie erlaubt werden, die demokratischen Institutionen zu besetzen. **Natürlich** darf man nicht den Befürwortern der Weltrevolution erlauben, z.B. die Armee zu führen. **Natürlich** kann man nicht den Befürwortern eines total monopolisierten Denkens

erlauben, die Lehreinrichtungen zu führen oder den Befürwortern der Klassenjustiz erlauben, zu richten.

Clement Attlee, der britische Demokrat und Sozialist hat im Jahre 1935 folgendes gesagt: „Democracy yes, but not for the Fascists.“ Der britische Sozialist hat zum Ausdruck gebracht, daß es den offenen Feinden der Demokratie nicht erlaubt werden soll, die Demokratie zu zerstören. – Und jetzt zweifeln seine Parteigenossen in diesem Lande, ob es überhaupt richtig ist, den Feinden der Demokratie dies zu untersagen. Aber eine geschichtliche Erfahrung von vielen Ländern ist, **daß es eine einzige Antwort und eine einzige Alternative zur Diktatur gibt und zwar zur Diktatur jeder Art, sei es ein rechtsorientierter Faschismus oder ein linksorientierter Faschismus, diese Alternative heißt eine starke und kämpferische Demokratie, nicht eine schwache Demokratie des Weimarer Typs.**

Die CDU ist gegenwärtig die einzige Partei, die sich für eine konsequente Demokratie, aber dabei eine starke und kämpferische Demokratie in diesem Lande einsetzt.

Ich hatte noch einen dritten Grund für meinen Beitritt zur CDU: jede christlich-demokratische Bewegung muß eine im besten Sinne internationale Bewegung sein. Die christlichen Ideale, die wir in der gesellschaftlichen Praxis anwenden wollen, erlauben keinen blinden Nationalismus. Aber die CDU hat richtig begriffen, daß die Interessen des deutschen Volkes identisch sind mit Interessen aller europäischen Völker. **Jedes Kind in Europa weiß bereits, daß es kein freies und einheitliches Europa geben kann ohne das freie und einheitliche Deutschland.** Natürlich kann man keine sofortige Lösung dieser Frage aufzeigen, aber wenigstens der Wille muß gestärkt werden. Wo der Wille schwindet, schwindet auch die Hoffnung – und es gibt Politiker in diesem Lande, denen dieser Wille unangenehm ist. Es stört sie in ihrer Faulheit, in ihrem Opportunismus, in ihrer Feigheit.

Es ist kaum möglich, mich als einen deutschen Nationalisten zu bezeichnen. Deutsch ist leider immer noch nur eine der Fremdsprachen, die ich spreche. Das erste Gefängnis, in dem ich saß, war ein Gestapo-Gefängnis während des 2. Weltkrieges. Also ich bin bestimmt kein deutscher Nationalist. Aber ich habe bereits in Prag meinen Freunden im Jahre 1972 gesagt: die einzige Hoffnung für Europa ist ein starkes Deutschland. Denn gerade die Bundesrepublik Deutschland muß ein Zentrum der Integrationsbemühungen um Europa sein. In der gegenwärtigen komplizierten und eigentlich sehr tragischen Lage des ganzen europäischen Kontinentes benötigen alle europäischen Völker dieses Zentrum der Bemühungen nach einer besseren Zukunft. Dieses Zentrum muß in diesem Lande existieren und deswegen muß die Demokratie in diesem Lande stark sein. **Es gibt Politiker, die auf**

diese eigene Stärke eigentlich verzichten wollen, doch ist diese Stärke eine Hoffnung für Europa.

Wir müssen auf jeden Gedanken an Gewalt verzichten. Die Gewalt ist überhaupt kein Weg zur Besserung, zum Fortschritt. Wir dürfen jedoch unter keinen Umständen auf eine legitime Notwehr verzichten; weder in der innenpolitischen noch in der außenpolitischen Sphäre. Ich bin auch der Meinung, daß 30 Jahre nach dem 2. Weltkrieg eine genügend lange Zeit sind, daß man die berechtigten Interessen und Forderungen des deutschen Volkes offen ausdrückt und in der politischen Konzeption zum Ausdruck bringt.

Manche Politiker sprechen davon, daß ihre Politik, ihre Außenpolitik durch Schuldgefühle bestimmt wird. Ich möchte diesen Gedanken ablehnen. Es ist notwendig, die geschichtliche Schuld nicht zu vergessen. Vor allem im Bezug auf eine kleine Nation, der in der Gegenwart wieder einmal eine Todesgefahr droht. Aber gerade diese Politiker, die von den Schuldgefühlen sprechen, die meinen dabei nicht die Gefühle zu dem jüdischen Volke, zu Israel. Die sind sogar bereit, sich von den Amerikanern zu distanzieren, wenn es um eine konkrete und notwendige Hilfe an Israel geht. Die meinen Schuldgefühle denjenigen gegenüber, wo diese Gefühle fehl am Platz sind. Denn es ist nicht richtig durch Schuldgefühle denjenigen gegenüber die Politik bestimmen zu lassen, die selbst schwere Verbrechen begangen haben, und die nicht einmal bereit sind, von der Wiedergutmachung zu reden. Ich bin deswegen davon überzeugt, daß im Interesse von ganz Europa und vor allem im Interesse der jetzt versklavten Nationen Europas, für die diese illusionistische, falsche Ostpolitik eine große Enttäuschung mit sich gebracht hat, daß es für alle europäischen Nationen notwendig ist, daß es in Deutschland, in der Bundesrepublik Deutschland, zu einer politischen Wende kommt.

Wir befinden uns am Anfang eines Jahres, das diese Wende bringen kann und meines Erachtens auch bringen wird. Ich bin zwar ein sehr frisches Mitglied der CDU, aber ich möchte Ihnen versprechen, daß ich bei allen Schlachten dieses Jahres Ihnen beiseite stehen werde. Ich bin davon überzeugt, daß nicht nur der nächste **Ministerpräsident** dieses Landes **Dr. Filbinger** heißt, sondern daß auch der nächste **Bundeskanzler Helmut Kohl** heißt.

In diesem Sinne müssen wir uns in den kommenden Monaten konsequent einsetzen. **Wir dürfen nicht faul, nicht gleichgültig, nicht müde sein.**

Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg

Herr Präsident,
lieber Manfred Wörner,
lieber Freund und Kollege Hans Filbinger,
meine Damen und Herren,
liebe Parteifreunde!

Ich bedanke mich zunächst herzlich für die freundliche und ehrenvolle Einladung, bei diesem Landesparteitag das Schlußreferat zu halten. Meinem heutigen Besuch bei Ihnen hier in Baden-Württemberg sollen in den kommenden Wochen bis zum 4. April zahlreiche weitere Termine folgen, weil wir alle – die CDU Deutschlands – unseren Beitrag dazu leisten wollen, daß diese Wahl für die Union ein voller Erfolg wird. Wir tun das in der Solidarität unserer Partei über Ländergrenzen hinweg. Vor Landtagswahlen und wichtigen Kommunalwahlen, so wie wir vor allem seit 1969 gehalten haben, seit wir in Bonn in der Rolle der Opposition sind. Ich komme sehr gerne zu Ihnen nach Baden-Württemberg. In Erinnerung an viele Veranstaltungen, davon auch einige hier in dieser schönen Stadthalle und in der lebendigen Erinnerung an die große Auseinandersetzung vor der letzten Landtagswahl. Damals befanden wir uns noch in einer etwas anderen politischen und psychologischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Jene Landtagswahl, hat damals besonders viel gefordert, wenn wir an die Diskussion und das Schaffen, das Erwecken großer Hoffnungen und Erwartungen in der Ost- und Deutschlandpolitik gerade in jenen Wochen denken. Es war jene Landtagswahl, die sie dann überzeugend gewonnen haben. Ohne hier viele Komplimente zu machen, was mir gar nicht sehr liegt, möchte ich sagen, daß rückblickend auf das Jahr **1972 im Vergleich der Bundesländer Baden-**

Württemberg mit seiner Regierung, mit der Politik der CDU sich auf allen Gebieten sehen lassen kann.

Auch dieses Land ist – wie alle übrigen Länder – in der Landespolitik, in der Kommunalpolitik, im täglichen Leben seiner Bürger überschattet von den Folgen einer schweren Wirtschaftskrise. Überschattet von den Problemen einer noch härteren Finanzkrise. Überschattet von manchen anderen Veränderungen, die uns Sorgen bereiten. Aber dieses Land kann dennoch in seiner wirtschaftlichen Lage, in seinen sozialen Leistungen und **insbesondere** auch in seiner **Bildungs- und Kulturpolitik** – wie ich glaube – **den Vergleich mit anderen sehr wohl aufnehmen**. Was dieses Land Baden-Württemberg und die CDU dieses Landes, auch die Wahlplattform, die Sie heute verabschiedet haben, kennzeichnet, ist die Verbindung der großen liberalen und christlich-sozialen Traditionen, aufgenommen in der CDU, in ihrer Politik und in ihrem programmatischen Wollen.

Ich möchte hier ein herzliches Wort des Dankes sagen auch für die enge und gute Zusammenarbeit, die wir mit der Landesregierung und mit unserem Freunde Hans Filbinger in diesen Jahren im Bundesrat gehabt haben. Die politischen Entscheidungen unserer Bürger in Bund und Ländern haben eine Situation geschaffen, in der nach dem Willen unserer Verfassung, in dem Auftrag, den wir übernommen haben, wir, d. h. die 5 von CDU bzw. CSU regierten Länder – wir hoffen, daß es in Kürze 6 sein werden, meine lieben Freunde – ein Maß an Verantwortung für die Bundespolitik übernehmen mußten für einen entscheidenden Teil der Bundesgesetzgebung, das ungewöhnlich ist. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt. Bewährt in schwierigen und harten Entscheidungen. Manchmal in Kompromissen mit der Mehrheit des Bundestages, die uns selbst nicht leicht gefallen sind. Aber sie haben doch auch Ergebnisse zum Wohle unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland und seiner Bürger gebracht. Zuletzt war das in der wichtigen Entscheidung, die wir in dem Bundesrahmengesetz für das Hochschulwesen erzielen konnten. Wenn auch dieser Zwang zum Kompromiß in wichtigen Bereichen der Gesetzgebung gelegentlich die klaren Fronten verwischt, die wir uns aus parteipolitischen Gründen an sich wünschen, so war und bleibt es doch wichtig, daß wir diese Verantwortung wahrgenommen haben, daß wir uns darum bemüht haben, unsere Handschrift so weit wie möglich, auch in die Gesetze dieser Bundesregierung und Koalition einzuschreiben bis zu jenem Tag im Oktober dieses Jahres, an dem wir mit Helmut Kohl auch wieder die Führung in Bonn übernehmen wollen.

Dieses Jahr 1976, meine lieben Freunde, hat stürmisch begonnen, im wahrsten Sinn des Wortes. Für uns im Norden mit der großen Sturmflut, die uns manche Probleme und Sorgen bereitete. Ihre Folgen sind da, auch dann, wenn die Bilder und Meldungen aus den

Schlagzeilen verschwunden sind. Das sind Aufgaben, die wir aber – wie ich glaube – meistern können. Politisch stürmisch begann dieses Jahr mit jener Entscheidung in Hannover, die schon zu Recht hier mehrfach zitiert wurde. Es war gleichsam ein Donnerschlag für die anderen. Eine Veränderung, mit der sie nicht rechneten. Ich glaube, daß diese Entscheidung in Hannover über das Land Niedersachsen hinaus Folgen haben wird, wesentliche Folgen und daß aus ihr einige Lehren für die deutsche Politik zu ziehen sind. Die erste Einsicht ist: **Trotz aller Reden eines übersteigerten Selbstbewußtseins, ist die politische Basis der SPD und FDP brüchig geworden, nicht nur in Niedersachsen.**

Der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist zunehmend erschöpft. Die Last der politischen Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen, die diese Bonner Koalition verantworten muß, wird für sie selbst zu einer schweren Bürde. Von führenden Politikern dieser Bonner Koalition ist die interne Beurteilung der Bilanz der letzten Jahre und der unerhört schweren Aufgaben der Zukunft im persönlichen Gespräch eine ganz andere als vieles, was sie nach außen in der Pose der Selbstgefälligkeit und des Selbstbewußtseins sagen.

Noch eine zweite Folgerung ergibt sich aus diesem Vorgang, diesem Wahlergebnis von Hannover: Auf die Dauer kann man – insbesondere in einer schwerer gewordenen Zeit – nicht mit hauchdünnen Mehrheiten in einer Koalition gegen die stärkste Partei regieren.

Wer die Landespolitik genauer verfolgt, sieht ja, daß die Spannungen knapper Mehrheiten gegen die stärkste Fraktion auch in Hamburg, in Berlin, in Hessen zu einer zunehmenden Last werden. Das zeigt sich zum Teil in aufsehenerregenden Personalveränderungen wie jetzt im Hamburger Senat, zum Teil im Vertagen notwendiger Entscheidungen und im zunehmenden Unvermögen, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Und die dritte Folgerung für die deutsche Politik insgesamt lautet, **die Freien Demokraten müssen jetzt Farbe bekennen. Der Widerspruch zwischen verbaler Unabhängigkeit, wie Herr Genscher sie zuletzt bei dem Dreikönigstreffen in Stuttgart beschworen hat und Blockpolitik im Gefolge der SPD nimmt der FDP allmählich jede Glaubwürdigkeit.**

Die erste staatspolitische Aufgabe für gewählte Parlamentarier, für Parteien und Fraktionen ist es, den Ländern eine handlungsfähige Regierung zu geben, und wenn es im Saarland zu einem Patt gekommen ist, dann müssen unabhängige Parteien, die den Anspruch auf Selbstständigkeit erheben, auch in der Lage sein, eine Regierungsmehrheit herzustellen. **Wenn das im Saarland nicht gegen die CDU geht, dann wäre es die staatspolitische Pflicht der FDP, daraus die Konsequenz für eine Koalition zu fairen Bedingungen zu ziehen.**

Dasselbe ist die Situation jetzt in Niedersachsen und das Verhalten der FDP wird nicht nur in unseren Augen, sondern wie die Vielfalt der Pressestimmen zeigt, auch in den Augen vieler unabhängiger Beobachter und vieler potentieller Wähler der Freien Demokraten ein Testfall für die Glaubwürdigkeit ihrer verbalen Bekundungen sein. **Die Freien Demokraten müssen sich entscheiden, ob sie in der deutschen Politik zunehmend zu einem Dienstleistungsunternehmen für den demokratischen Sozialismus werden wollen.**

Die zunehmende Entwicklung der Parteibasis, aber wenn wir einen Mann wie Brandt sehen, einen Mann wie Wehner, auch wichtiger Führungspersönlichkeiten der SPD nach links, macht das Dilemma immer deutlicher. **In den 60er Jahren sprach man von sozialer Demokratie. Heute spricht man vom demokratischen Sozialismus. Das ist mehr als ein Spiel mit Worten. Das ist eine qualitative Veränderung.** Ich bin zutiefst davon überzeugt – unser Freund Pachmann hat es eindringlich gesagt – wirklich liberale Politik, die mehr ist, als ein modisches Gehen mit dem linken Zeitgeist, **wirklich liberale Politik und die Politik des demokratischen Sozialismus sind auf Dauer unvereinbar, unvereinbar wie Feuer und Wasser.**

Aber uns geht es in diesem Jahr, vor Ihrer so wichtigen Wahl in Baden-Württemberg und vor der Bundestagswahl im Oktober vor allem um eins: die kritische Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern dann einleiten zu lassen in eine Darstellung der Zukunftsaufgaben deutscher Politik aus unserer Sicht. Natürlich haben wir zunächst als Opposition im Bund eine kritische Funktion. Wir müssen das denen gegenüber sagen, die früher einmal, als die Linken in der Opposition waren, ihr kritisches Bewußtsein nicht genug kultivieren konnten und die heute überhaupt die kritische ernsthafte Diskussion im Grunde aus der deutschen Öffentlichkeit verbannen möchten, die jede Kritik als Miesmacherei oder Schwarzmalerei in der neuen Sprache des Herrn Brandt abtun wollen.

Die kritische Funktion der Opposition ist staatspolitisch ganz unentbehrlich in der Demokratie. Vor allem gegenüber einer Regierung, die zunehmend Propaganda und Vernebelung an die Stelle einer ehrlichen Bilanz setzt, die trotz aller starken Worte und Gesten – und daran fehlt es Herrn Schmidt ja nicht – durch Entscheidungsschwäche gekennzeichnet ist und durch eine Serie gebrochener Versprechungen. Aber wir selbst grenzen diese Notwendigkeit der Offenlegung, auch der unangenehmen Tatbestände und Gefahren klar ab gegenüber jeder Freude am Pessimismus oder jeder Freude am Negativen. Denn, meine lieben Freunde, **Mißerfolge der Regierung in Bonn sind zugleich auch Misserfolge für unser Land und seine Menschen.** Wir haben keine Veranlassung daran, irgendwie eine Stimmung der

Schadenfreunde oder des hämischen Mißbehagens aufkommen zu lassen.

Immer mehr Menschen spüren – und das ist auch ein wesentlicher Unterschied gegenüber jener Zeit vor 4 Jahren – immer mehr Menschen spüren diese Mißerfolge doch im eigenen Lebensbereich: In den wichtigen Sektoren der Wirtschaftspolitik, der sozialen Situation und der Finanzen. Nicht nur die Arbeitslosen und ihre Familien, auch die vielen hunderttausend Menschen des selbständigen Mittelstands, – eine Gruppe, die zuwenig in der großen staats- und wirtschaftspolitischen Diskussionen dieser Monate beachtet wird – sehen sich in ihren Existenzproblemen.

Und in zunehmendem Maße unsere Jugend, die seit den ausgehenden 50er Jahren berufliche Chancen hatte, Bildungschancen, wie keine Generation vorher in der deutschen Geschichte, und die nun in dramatischer Weise erlebt, wie in kurzer Zeit diese beruflichen Chancen sich verdüstert haben. Immer mehr Menschen spüren es in der Frage des Selbstverständnisses und auch der Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates in den Aufgaben der inneren Sicherheit und anderen mehr. Immer mehr spüren es in jenen Bereichen, in denen die Erwartung und Hoffnung damals so weitgespannt waren: In der Deutschlandpolitik, der Situation Berlins, ja der Lage Europas und der internationalen Weltpolitik.

Die Hauptaufgabe für uns, ich sagte es schon, ist es, die Grundsätze und Wege einer besseren Politik für Deutschland aufzuweisen. Wir werden nicht in den Fehler verfallen mit illusionären Versprechungen einen Wettlauf materieller Zusagen für die verschiedenen Gruppen unserer Bevölkerung in diesen Wahlkampf zu betreiben. Dazu ist die Lage gerade im Bereich der Wirtschaft und Finanzen und der Belastungen für die Bürger dieses Landes zu ernst und zu kritisch. Dies ist nach den Erörterungen unserer Führungsgremien über die politische Konzeption für die Bundestagswahl die gemeinsame Meinung aller in der Union. Uns geht es darum, in klaren und realistischen Linien und Perspektiven bereit zu sein, auch zunächst einmal unangenehme Wahrheiten auszusprechen für die Erfordernisse einer Politik der Sanierung, die das, was diese Leute angerichtet haben, zunächst einmal in Ordnung bringen muß im Interesse der Menschen. Darauf werden wir erneut aufbauen können.

Wenn Franz Josef Strauß im vergangenen Jahr, das was diese Leute angerichtet haben, als ein Augiasstall bezeichnet und nicht das bayerische Wort Saustall in den Mund genommen hätte, dann wäre ihm die Zustimmung aller Gebildeten in unserem Lande sicher gewesen.

Insofern kann dieser Wahlkampf aus unserer Sicht nicht ein Wettkampf im Darbieten von neuen Wohltaten sein für die verschiedenen

Gruppen, in Gestalt von Wahlgeschenken, die nachher keiner bezahlen kann, oder die die betroffenen Menschen selbst bezahlen müssen, und das zum Teil sogar mit einem höheren Preis. Es geht darum, das so Wichtige, in den letzten Jahren durch inflationären Gebrauch leider abgewertete Wort **Reform** wieder in seiner eigentlichen Bedeutung einzusetzen und zu bejahen. **Denn was ist Reform, meine lieben Freunde, Reform heißt doch im eigentlichen Verständnis dieses Wortes eine verlorengegangene oder bedrohte Form unseres öffentlichen Lebens wiederzugewinnen.** Das heißt, die erschütterten oder zumindest bedrohten Grundlagen für wirtschaftliche Stabilität, für Vollbeschäftigung durch Wachstum und Zukunftsinvestitionen neu zu gewinnen und auf diese Weise auch die Voraussetzung dafür, daß wir in der Lage sind, die großen Aufgaben im Kernbereich sozialer Sicherung auch in Zukunft zu leisten. Es geht zum zweiten darum, daß wir unseren Rechtsstaat behaupten, festigen und ausbauen. Daß wir den Bürgern in unserem Lande ein Maximum an Rechtssicherheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und ihrem privaten Lebenskreis gewährleisten. Wer für diesen handlungsfähigen Rechtsstaat spricht, für die notwendigen Konsequenzen, der stellt sich ja nicht in einen Gegensatz zu den Freiheiten der Bürger, sondern der schafft die Voraussetzung dafür, daß es einen gesicherten Freiheitsraum für den Einzelnen im Recht geben kann. Das ist eine alte und große und zeitlose liberale Erkenntnis, die auch im Liberalismus Baden-Württembergs bis zu Reinhold Maier hin lebendig war, die hier von seinen Epigonen wie auch anderswo mittlerweile leider vergessen ist, wenn man die ganze Polemik über das Thema Radikale und öffentlicher Dienst auch hier im einzelnen verfolgt. Wir haben es in der Situation vieler Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland ja erlebt, daß die Auflösung der Rechtsordnung und **nicht** ihre sinnvolle Weiterentwicklung, die wir auch im Hochschulrecht bejaht haben und praktiziert haben, daß **die Auflösung der Rechtsordnung durch Schwächung der Institutionen nicht zu mehr Freiheit, sondern zum Verlust an für unser Land lebenswichtigen Freiheiten geführt hat.** Obwohl auch wir hier sicher Probleme haben, in den Ländern, in denen wir regieren, wenn ich Heidelberg oder Freiburg oder die eine oder andere Universität auch außerhalb Baden-Württembergs mir anschauere, so kann trotzdem überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß nach sechs, sieben Jahren einer gegenläufigen Hochschulpolitik in den von uns regierten Ländern einerseits, und den SPD/FDP-regierten Ländern andererseits, sich die Universitäten und Hochschulen Baden-Württembergs, Bayerns, Rheinland-Pfalz', Saarlands und Schleswig-Holsteins unter diesem Maßstab, aber damit auch dem Maßstab der Leistungsfähigkeit, für die Studenten, Assistenten und Professoren auf das vorteil-

hafteste unterscheiden gegenüber den traurigen Ergebnissen einer linken Hochschulpolitik in Berlin, in Bremen und Frankfurt oder in Marburg.

Allein dieser Vergleich, die Bilanz der Landespolitik im Bildungs- und Hochschulwesen, durchgeführt von Hans Filbinger und von Wilhelm Hahn, ist ein hinreichender Grund, wenn Sie nach Hessen schauen oder nach Berlin schauen, ein Grund, der für sich alleine reichen würde, **alles daran zu setzen im Interesse unserer Jugend, dafür zu sorgen, daß hier weiter christlich demokratische Politik gemacht werden kann.**

Aber, meine lieben Freunde, es geht vor allem auch um einen neuen grundlegenden Anfang in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Ich nenne dies bewußt nicht nur aus Zeitgründen heute als eine Einheit, denn was wir alle in Deutschland wiedererkennen und durchsetzen müssen, ist doch dieses: die Lehre der sozialen Marktwirtschaft, daß nämlich Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nur aus einem Guß in ihren inneren Zusammenhang und Wirkungen gesehen werden können, **daß es keine fortschrittliche Sozialpolitik ohne eine vernünftige und erfolgreiche Wirtschaftspolitik gibt,** und daß ohne eine blühende Wirtschaft mit Wachstum die finanziellen Probleme der öffentlichen Hand unlösbar sind.

Hier geht es neben in vielen Einzelfragen, von denen ich nur einige aus unserer Sicht ansprechen kann vor allem auch um eine prinzipielle Entscheidung. Wir bekennen uns im Verständnis der sozialen Marktwirtschaft zu einem ganz bestimmten Ausgangspunkt, nämlich zunächst einmal einem prinzipiellen Vertrauen in den Leistungswillen und die schöpferische Kraft des Menschen, der im Mittelpunkt der Wirtschaft steht. **Der Mensch nicht** in einem falschen Individualismusverständnis **autonom, nicht in der Form eines primitiven Egoismus,** wie es manche im vollkommenen Mißverständnis sozialer Marktwirtschaft unterstellen. **Der Mensch in seinen sozialen Bindungen, in der Bejahung auch der Rolle des Staates,** aber in der klaren Absage an den Versuch, im Interesse sogenannter **gesamtschaftlicher Ziele** oder auch einer übersteigerten staatlichen Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft, den Menschen nur noch als Werkzeug und Material für anonyme Vorstellungen und Ziele anzusetzen.

Hier im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik ist ja der Widerspruch zwischen den großen Ankündigungen der Jahre 1969 und 1972 und den Ergebnissen am deutlichsten sichtbar für jeden. 1969, 1972 vor allem, gab es die berühmten Vollbeschäftigungsgarantien, 1976 haben wir die höchste Arbeitslosenzahl seit der Nachkriegszeit. Wie ernst die Probleme dieses Jahres bleiben, zeigen ja die kleinen Zeitungsnotizen der vergangenen Tage, in denen es heißt, daß die

sachverständigen Beamten der Bundesregierung davon ausgehen, daß wir auch in diesem Jahr mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen rechnen müssen. Das heißt, auch die Experten der Bundesregierung gehen davon aus, daß selbst für den Fall einer erhofften Belebung, eines gewissen Aufschwungs, die strukturelle Arbeitslosigkeit praktisch nicht abgebaut werden kann. 1972 versprachen uns Brandt und Schmidt eine Politik, die das Wachstum sichert, eine Politik, die die höheren Investitionen gewährleistet. 1974 hatten wir Stagnation, 1975 Rezession. Die Zahlen der Sachverständigen, die Zahlen der Institute machen immer wieder deutlich, wie falsch der primitive Versuch der Bundesregierung ist, dies alles auf die Energieversorgungskrise oder das Ausland abzulenken. Sie zeigen in aller Eindringlichkeit, daß die Investitionen unserer Wirtschaft bereits seit 1970 rückläufig sind, obwohl wir bis Anfang 1974 eine Hochkonjunktur hatten. Die amtlichen Feststellungen der Bundesregierung zeigen, daß der Anteil der öffentlichen Investitionen, der die Zukunft sichernden Ausgaben in den Etats seit 1969 nicht stieg, wie versprochen wurde, sondern seit 1969 rückläufig ist. Sie sanken im Haushalt des Bundes von damals knapp 20 Prozent auf heute weniger als 15 Prozent und nach der mittelfristigen Finanzplanung dieser Bundesregierung werden sie 1979 nur noch wenig mehr als 12 Prozent betragen. Das ganze steht unter dem Vorzeichen einer geradezu gigantischen Zunahme der Verschuldung. Diese Bundesregierung hat im vergangenen Jahr mehr Schulden aufgenommen, das anderthalbfache an Schulden, wie die von der Union geführten Regierungen in 20 Jahren. Und sie kommen noch einmal auf dieselbe erschreckende Verschuldung im jetzt beginnenden Jahr und das hindert sie dann nicht, zum Jahresende Pressemeldungen herauszulassen, daß man doch sehr befriedigt sei über die Tatsache, daß man Liquidität in der Tasche habe. Wer hemmungslos pumpt, meine Damen und Herren, auch im privaten Bereich und im wirtschaftlichen Bereich, der kann für eine gewisse Zeit Liquidität in der Kasse haben, der kann sogar noch ein paar Freundlichkeiten erweisen, **aber diese Schulden müssen zurückgezahlt werden.** Diese Schulden sind eine nicht mehr vertretbare Belastung für eine kommende Generation, die auch ihre Probleme zu meistern haben wird.

Wir beabsichtigen überhaupt nicht, die wirtschaftspolitische Diskussion mit Schätzungen und Prophezeiungen über etwas mehr oder weniger Wachstum im Jahre 1976 zu führen. Es spricht einiges dafür, daß wir eine leichte Belebung haben werden, aber ob das 2 Prozent werden oder 4 Prozent, das wissen wir ebenso wenig wie die Wissenschaftler oder die Bundesregierung. Jede Belebung ist im Interesse des Menschen zu begrüßen. Aber das Problem der Politik ist tiefgreifender anzusetzen, nämlich bei der Frage, wie wir langfristig über

ein mögliches Zwischenhoch hinaus durch eine aufgestaute Nachfrage, wie wir langfristig wieder Wachstum gewinnen können. Denn trotz mancher Kulturpessimisten, meine lieben Freunde und Wachstumspessimisten, wir können auch in Zukunft auf wirtschaftliches Wachstum nicht verzichten. Dabei glauben wir auch nicht, daß es noch einmal die exorbitanten Wachstumsraten der fünfziger und beginnenden 60er Jahre geben wird. Die Frage ist also nicht so sehr der Ablauf dieses Jahres in seinen Nuancen, sondern wer auf Grund der Leistungen und Aussagen der letzten Jahre Vertrauen verdient, die Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft in den kommenden 4 Jahren verantwortlich zu gestalten. Schmidt verdient dies Vertrauen nicht. **Schmidt ist politisch unglaubwürdig geworden, gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik.**

Er war es, der 1972 vor der letzten Bundestagswahl in Reden und großen Anzeigen in allen deutschen Zeitungen mit seinem Bilde erklärte, die von der CDU geforderte Stabilitätspolitik, so Schmidt damals, werde zu einer halben Million Arbeitslosen führen. Damals eine erschreckende Zahl in den Vorstellungen aller Menschen und Schmidt fügte hinzu: „wir, die Sozialdemokraten sind der Garant dafür, daß dies niemals eintreten wird“. Dieselben Leute sprechen heute von einem Erfolg, wenn wir statt der von manchen, nicht von uns vorhergesagten 1,5 Millionen Arbeitslosen in diesem Winter 1,3 Millionen und achthunderttausend Kurzarbeiter haben. Dies werden wir ihnen nicht durchgehen lassen. **Sie sind an den Maßstäben zu messen, die sie selbst gesetzt haben und diese Maßstäbe verurteilen sie in ihrer Politik.**

Schmidt war es, der in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler vor noch nicht 2 Jahren erklärte, die **Zurücknahme gesetzlicher Leistungen sei für diese Regierung indiskutabel. Diese Regierung hat im vergangenen Jahr unter dem Zwang der von ihr verschuldeten Finanzkrise gesetzliche Leistungen in Milliarden Größenordnung zurückgenommen** und ihre Experten wissen genauso, wie wir, nur wir sagen es auch offen, daß diese Kürzungen noch nicht ausreichen, daß die Finanzkrise bestimmte weitere Einsparungen unvermeidlich machen wird, auch und gerade im Haushalt des Bundes. Wir sagen es, und wir weisen auf die Vorschläge des Präsidenten des Bundesrechnungshofes im Bereich der Personal- und Verwaltungsausgaben hin, und wir sind bereit, mit jedermann offen und ehrlich weitere Möglichkeiten sachlich zu diskutieren, anders wie die Leute in Bonn, die alle Probleme jetzt zu vernebeln versuchen, um über den Tellerrand der Wahlen hinwegzukommen.

Unglaubwürdig politisch geworden ist im Bereich der Wirtschaft-, Finanz- und Gesellschaftspolitik auch die FDP. Es ist ein erstaunlicher Vorgang, meine Damen und Herren, zu sehen wie der Wirtschafts-

minister Friderichs und seine Freunde durchs Land ziehen und auf Veranstaltungen bei Wirtschaftsverbänden ganz vorzügliche Reden halten. Reden, in denen – wie im letzten Sommer – Herr Friderichs unter viel Beifall ein Sofortprogramm zur Entlastung der Wirtschaft, der Betriebe von der Vermögenssteuer forderte, von der Gewerbesteuer, in denen die **FDP-Leute** eine Körperschaftsteuerreform versprochen, in denen sie entschieden den Gedanken weiterer Steuererhöhung ablehnten mit dem Ergebnis, daß praktisch nichts davon verwirklicht ist. Im Gegenteil, es kam und kommt zu einer massiven Erhöhung der Steuern für die Betriebe, für die Arbeitnehmer und wenn es nach ihrem Willen geht, auch für die Verbraucher. **Wir werden diesem wachsenden Gegensatz zwischen wohlklingenden liberalen Wirtschaftsreden und dem praktischen Handeln der FDP in dieser Koalition Punkt für Punkt dokumentarisch offenlegen, damit die Bürger daraus ihre Konsequenzen ziehen können.**

Unsere Alternative heißt, um es noch einmal deutlich zu sagen: **Nur eine einheitliche und kraftvolle Politik der sozialen Marktwirtschaft sichert Wachstum und Vollbeschäftigung.** Das erfordert vor allem eine Wiedergesundung der Betriebe und hier insbesondere, ich sagte es schon, der vielen in ihrer Existenz bedrohten Betriebe des Mittelstandes. Auch in diesen Wochen, in denen erneut Hoffnungen auf einen Aufschwung politisch verbreitet werden, ist es draußen im Lande überall so, von Baden-Württemberg bis Schleswig-Holstein, daß mittelständische Betriebe – gut geführte und gut ausgestattete Betriebe – liquidieren müssen oder ihre Pforten schließen müssen, zum Teil sogar in der Form des Konkurses und des Vergleichsverfahrens, weil die Bonner Wirtschafts-, Steuer- und Gesellschaftspolitik ihnen die Existenzvoraussetzungen weggenommen hat.

Eine Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hat in diesen Tagen festgestellt, daß der Eigenkapitalanteil der deutschen Industrie seit 1969 von 35% auf 28 $\frac{1}{2}$ Prozent abgesunken ist. In derselben Mitteilung findet sich ein Hinweis, daß der Eigenkapitalanteil unserer mittelständischen Betriebe mittlerweile bei unter 20 Prozent liegt. Deshalb fordern wir gezielte steuerliche Entlastungen, degressive Abschreibung, Vermögenssteuer als wichtigstes, nicht als ein Geschenk an die Kapitaleigner, wie große Wirtschaftsstrategen in der Art des Herrn Erhard Eppler aus ihrer marxistischen Ideologie heraus meinen, sondern als den Schlüssel für höhere Investitionen. Die amtlichen Papiere der Bundesregierung sagen es: **Wir brauchen eine dramatische Veränderung bei den Investitionen**, wenn überhaupt in den nächsten zwei, drei Jahren eine Chance bestehen soll, die strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen, um die vielen, vielen hunderttausend junger Menschen, die zusätzlich Ausbildungs- und Arbeitsplätze suchen,

aufzunehmen. Die Bundesregierung sagt in diesem Papier ihrer Experten, daß wir statt eines jährlichen Rückganges um 5–6 Prozent seit 1970 real bei den Privatinvestitionen, eine jährliche Steigerung von 8 Prozent brauchen, um dieses Ziel auch arbeitsmarktpolitisch zu erreichen. Aber es gibt keine erkennbare Folgerung im Handeln dieser Regierung. Dabei – das ist der entscheidende Punkt – können wir nur so das Thema der Arbeitslosigkeit schrittweise lösen und die Chancen der Jugend verbessern, und auch nur so, meine lieben Freunde, ist es möglich, den Kernbereich sozialer Sicherung in Zukunft zu finanzieren. Die Sozialdemokraten sind im Augenblick dabei, ein neues auf dem Hintergrund ihrer Politik fragwürdiges Versprechen in diesem Wahlkampf in den Mittelpunkt zu stellen. So wie sie 1972 die Vollbeschäftigungsgarantie ausgaben und nicht gehalten haben, erklären sie jetzt, daß sie die Garanten für das Netz der sozialen Sicherheit seien. Dieses Netz der sozialen Sicherheit wird von der Finanzierungsseite her zerreißen, wenn wir nicht zu einer grundlegenden Kurskorrektur, ja einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik hin zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland wieder kommen.

Und auch nur mit einer Politik der Steigerung der Investitionen und des realen Wachstums können wir neben weiteren unvermeidlichen Kürzungen allmählich die schreckliche Lücke in den Haushalten schließen. Denn 1 Prozent Wachstum mehr real, bringt uns bereits 2 bis 3 Milliarden DM mehr Staatseinnahmen ohne daß wir an Steuersätzen zu manipulieren haben, von den viel weiter gehenden Wirkungen im Bereich der Sozialabgaben ganz abgesehen.

Wenn wir freilich von Stärkung der Betriebe und ihrer Kapitalkraft sprechen, meine lieben Freunde, dann gehört für die Union unverzichtbar dazu eine aktive Politik der Vermögensbildung, der breiteren Streuung des Eigentums, auch am Produktivvermögen.

Das ist gesellschaftspolitisch notwendig und wirtschaftspolitisch vernünftig, weil von dort auch her eine gewisse entschärfende Wirkung auf den Verteilungskampf kommen kann. Stabilitätsgerechte Lohnpolitik, ich sage das auch auf dem Hintergrund der jüngsten Forderung des Herrn Klunker und anderer, ist heute nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, sondern auch der Solidarität der Arbeitnehmer untereinander, weil eine übersteigerte Lohnpolitik zur Vernichtung weiterer hunderttausender Arbeitsplätze in den Betrieben führt, die nicht mehr in der Lage sind, einen starken Kostensprung nach vorne zu machen. **Stabilitätsgerechte Lohnpolitik ist heute ein Erfordernis der gewerkschaftlichen Solidarität mit den Arbeitslosen und den von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern.**

Die Zeichen sprechen dafür, vieles auch in der geistigen Situation un-

serer Zeit, daß die Chance zu einer Renaissance, einer Wiedergeburt der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland besteht, nachdem die anderen mit einer Politik des demokratischen Sozialismus und links-liberalen Einsprengseln unser Land wirtschaftlich und politisch heruntergewirtschaftet haben. Das ist die Aufgabe, der wir mit aller Kraft uns zu widmen haben. Neben den anderen großen Themen, die im Vordergrund dieses Jahres stehen werden, den Problemen der internationalen Stellung der Bundesrepublik Deutschland, einer aktiveren Europapolitik, den großen Fragen der auswärtigen Sicherheit und der Zukunft des atlantischen Bündnisses, die in der Wehrdebatte dieser Woche in eindrucksvoller Weise vor allem auch und in erster Linie von Manfred Wörner für uns behandelt worden sind. Auch hier, meine lieben Freunde, auch hier werden wir unsere Position ganz deutlich machen, als eine Partei, die die Formel von der Einheit der Nation ernst nimmt und die gewillt ist, in allen ihren Anstrengungen, und dazu gehören auch verstärkte Bemühungen im Bereich der Bildungseinrichtungen und der Bildungspolitik, die Einheit der Nation über die Zeit der Teilung hinweg im deutschen Volke lebendig zu erhalten. Leider geht auch hier manches an noch verbliebener Gemeinsamkeit verloren, wenn wir etwa diesen höchst fragwürdigen Kalender des sogenannten Gesamtdeutschen Instituts dieser Bundesregierung uns in diesen Wochen anschauen.

Einheit der Nation erfordert zugleich ein klares Bekenntnis zur Freiheit, den Menschenrechten für die Menschen drüben und eine fundamentale Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in jeder Gestalt.

Wir wissen, daß es keine leichte Aufgabe ist, Mehrheiten zu gewinnen, aber ich sage deutlich, meine lieben Freunde, daß es überhaupt keine Veranlassung gibt, im Blick auf die Bundestagswahl Stimmungen des Pessimismus oder der Skepsis nachzugeben. Die Situation in diesen Wintermonaten ist, ob wir die Meinungsbefragungen nehmen oder was manchmal noch wichtiger ist, das Gespräch mit unseren Mitbürgern und Freunden draußen im Lande, aber auch vielen unentschiedenen Mitbürgern, so, daß wir eine reale Chance haben. Diese Chance wollen und müssen wir mit aller Kraft nutzen. Es ist nicht leicht, Mehrheiten zu gewinnen. Es ist auch nicht selbstverständlich, in einem Land, in dem man stark ist vor einer Landtagswahl. In den 10 Landtagswahlen seit der letzten Bundestagswahl – Baden-Württemberg am 4. April in der letzten der 11 Wahlentscheidungen – in den zehn Landtagswahlen seit dem 4. April gibt es nur 3 Länder, in denen eine Partei eine Mehrheit der Sitze und der Stimmen errungen hat: Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Die CSU und die CDU. Im Saarland, wie Sie wissen, ein Patt, in Bremen eine Mehrheit der Mandate der SPD, aber nicht mehr eine Mehrheit der

Stimmen. **In keinem einzigen Bundesland** und auch das gehört zu den Bilanzen der vergangenen Jahre, **haben die Sozialdemokraten noch eine Mehrheit der Stimmen** – in keinem einzigen. **Wenn Sie dennoch regieren, dann nur aufgrund jener fragwürdigen Konstellation, von der ich eingangs sprach.**

Baden-Württemberg hat nach der politischen Leistung der CDU alle Voraussetzungen dafür, das 4. Land zu werden, in dem wir eine Mehrheit der Stimmen und eine Mehrheit der Mandate gewinnen, aber das erfordert unser Aller Anstrengung.

Obwohl dies – ich stimme hier Hans Filbinger ausdrücklich zu – für uns keine Testwahl ist für die Bundestagswahl, sondern eine Wahl in ihrem ganz besonderen Rang und in ihren ganz besonderen Bedingungen dieses Landes. Obwohl dies keine Testwahl ist, wird das Ergebnis dennoch ein Signal sein. Das ist ein zusätzlicher Grund für uns alle, auch außerhalb dieses Landes, uns zu engagieren, damit wir durch den Wahlerfolg von Hans Filbinger, durch Ihren Wahlerfolg, meine Freunde, ein Signal setzen für das noch größere Ziel, mit Helmut Kohl am 3. Oktober eine Mehrheit für die Union in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen um **eine bessere Politik, eine überzeugende Politik für Deutschland in Bonn erneut zu gestalten.**

Ich danke Ihnen!

Wahlplattform der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1976

Mit uns für Baden-Württemberg

Die Bürger des Landes Baden-Württemberg sind am 4. April 1976 aufgerufen, dafür zu sorgen, daß Ministerpräsident Hans Filbinger mit seiner bewährten Mannschaft unser Land auch die nächsten vier Jahre regiert. Damit entscheiden die Bürger im Südwesten Deutschlands zugleich über die Grundsatzfrage: Demokratischer Staat oder sozialistische Gesellschaft. Letztlich entscheiden die Bürger durch ihre Wahl, ob die Kontrolle gegenüber der Linkskoalition in Bonn erhalten bleibt oder ob auch unser Land nach Bonner Muster regiert werden soll.

Eine Hauptaufgabe der Politik in Baden-Württemberg wird es sein, die vorhandenen **Arbeitsplätze zu sichern** und für die ins Arbeitsleben tretenden jungen Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies kann nur gelingen, wenn das Vertrauen der Wirtschaft in die Zukunft wieder hergestellt wird. Dazu muß der Spielraum der Unternehmen für Investitionen vergrößert, die Energieversorgung gesichert und die im Kern gesunde Wirtschaftsstruktur des Landes Baden-Württemberg weiter ausgebaut werden.

Diese Aufgaben kann nur die CDU leisten. SPD und FDP dagegen verunsichern die Wirtschaft. Sie beschneiden ihren Investitionsspielraum durch einen immer höheren Anteil der Staatsausgaben. Sie weigern sich, die Energieversorgung durch geeignete Maßnahmen zu sichern und sie treiben eine Politik, die mit planwirtschaftlichen und dirigistischen Vorstellungen liebäugelt. Sie beschwören damit die Gefahr herauf, daß die bisher gute Entwicklung Baden-Württembergs in der Zukunft schwer gestört wird.

Erziehung und Unterricht sollen die Achtung vor den Menschenrechten, die freie und geordnete Entfaltung der Persönlichkeit und die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung in unserem

sozialen Bundesstaat sichern. Sie sollen ebenso das Geschichts- und Freiheitsbewußtsein unseres Volkes und das Wissen um die kulturellen Leistungen aller deutschen Stämme und Landschaften fördern und die Verpflichtung der europäischen Völker füreinander deutlich machen.

In den nächsten vier Jahren muß noch ausdrücklicher eine **Bildungspolitik** gemacht werden, die dem Kind gerecht wird und Eltern, Lehrer und Kinder nicht überfordert. Es muß die für eine sinnvolle pädagogische Arbeit unerlässliche Stetigkeit einkehren. SPD und FDP sind zur Lösung dieser Aufgabe nicht in der Lage. Sie haben in den von Ihnen regierten Ländern durch eine Politik der ideologischen Starrheit, die nicht an den Bedürfnissen des Kindes orientiert ist, das Bildungswesen in eine heillose Unordnung gebracht.

In der **Sozialpolitik** geht es darum, noch konsequenter mit dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe ernst zu machen. Die Sozialpolitik der CDU ist keine Politik der Bevormundung und des immer umfassenderen Versorgungsstaates. Sie will in erster Linie das Verantwortungsbewußtsein und die Kräfte des freien Bürgers wecken und fördern.

In der **Finanzpolitik** zeigt sich immer deutlicher, daß unser Staat an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. Die leeren Kassen zwingen zu einem grundsätzlichen Umdenken. Das Dilemma läßt sich nicht durch höhere Steuern beheben; denn die Gründe für die Finanzkrise sind nur teilweise konjunktureller Art. Sie liegen weit mehr in unkontrolliertem, wirklichkeitsfremden Wunschdenken, das alles Heil in immer weiterreichender Übernahme von neuen Aufgaben durch staatliche Instanzen sieht.

Diese **Überforderung des Staates** muß bekämpft werden. Eine neue Weichenstellung ist notwendig, um die persönliche Leistungsbereitschaft zu stärken. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, daß immer mehr Staat immer weniger Wohlfahrt bringt und daß eine wachsende Steuerlast die Entfaltung der freien Wirtschaft einschnürt. Deshalb muß von Grund auf neu durchdacht werden, was der Staat unbedingt selbst tun muß und welche Aufgaben besser außerhalb des herkömmlichen Staatsapparates erfüllt werden können. Auch zur Lösung dieser Aufgabe ist die SPD nicht im Stande; sie sucht den Ausweg nicht in einem Abbau staatlicher Aufgaben, sondern sie befürwortet einen ständig wachsenden Anteil des Staates am Sozialprodukt und damit eine immer höhere Steuerlast des Einzelnen. Was die SPD will, läuft auf eine schleichende Verstaatlichung aller privaten und gesellschaftlichen Bereiche hinaus.

Diesen **Marsch in den Sozialismus** kann und will die FDP nicht aufhalten. In ihren Programmen haben sich SPD und FDP weitgehend angenähert. Auf ihrem Konstanzer Parteitag brachte die

FDP nicht einmal mehr die Kraft auf, Pläne zur Investitionslenkung entschieden zurückzuweisen. Wie sehr die FDP zum Anhängsel der SPD geworden ist, macht ihre Koalitionsaussage zugunsten der SPD überdeutlich. Die Bürger unseres Landes wissen nun, daß die CDU die einzige nicht-sozialistische Alternative bleibt.

Die **Innere Sicherheit** gehört für die CDU zu den Grundpfeilern einer freiheitlichen Rechtsordnung. Ein Staat, der die Rechte seiner Bürger nicht zu schützen vermag, verliert die Grundlage des Vertrauens, ohne die er nicht bestehen kann. Die CDU ist sich bewußt, daß Freiheit und demokratische Solidarität nur gedeihen können, wenn die Sicherheit des Einzelnen, der Gemeinschaft und der demokratischen Ordnung gewährleistet ist.

Baden-Württemberg braucht weiterhin eine Regierung, die unabhängig und selbstbewußt für die Belange des Landes und seiner Bürger eintritt. Die von der CDU getragene Landesregierung hat stets bewiesen, daß sie für eine gerechte Behandlung Baden-Württembergs durch den Bund kämpft. Nur die CDU bietet die Gewähr dafür, daß die eigenständige Rolle des Landes im Bund gewahrt bleibt.

Die CDU ist die einzige Kraft, die zielbewußt und zuverlässig für eine erfolgreiche Weiterentwicklung unseres Landes eintritt.

Daher: Mit uns für Baden-Württemberg!

I. Unser Standort

Bekanntnis zu einer wertbezogenen Politik

Die CDU hat einen klaren politischen Standort. Sie gründet ihre Politik auf eine Wertordnung, die von der sittlichen Verantwortung des Menschen ausgeht.

Diese Politik wird verwirklicht

- als Würde und Freiheit der Person,
- als Solidarität in der Gesellschaft und
- als Gerechtigkeit im Staat.

Die CDU will eine gesellschaftliche und staatliche Ordnung, die diesen Zielen dient. Daher fordert sie die Mitwirkung des Christen in der Politik. Sie ist dabei überzeugt, daß marxistisch-sozialistische Gesellschaftstheorien und christliches Sozialverständnis unvereinbar sind und bleiben.

Die CDU garantiert eine liberale Politik

Die CDU verteidigt die Freiheiten und Rechte des Einzelnen gegen den Zugriff der großen Kollektive. Sie hält daran fest, daß Staat und Gesellschaft nicht identisch sind. Daher will sie den Einzelnen davor schützen, durch die Gesellschaft vereinnahmt zu werden. Sie tritt einer falsch

verstandenen Demokratisierung entgegen, durch welche alle Bereiche des Lebens vergesellschaftet und politisiert werden sollen. Die CDU wendet sich gegen eine Politik, die das Zusammenleben der Menschen zum Gegenstand der Verfügung über den Menschen machen will. Wer es unternimmt, die eigenen Ziele auch gegen den Willen aller anderen durchzusetzen, mißachtet die Freiheit und Selbstbestimmung seiner Mitbürger. Wer mit elitärem Bewußtsein glaubt, „die Massen“ zu ihrem „wahren Glück“ führen zu müssen, ist totalitär und führt politische Unfreiheit herauf.

Die CDU mißversteht Freiheit nicht als Bindungslosigkeit. Sie verwechselt Liberalität nicht mit Liberalismus, der zu Beliebigkeit und Unverbindlichkeit führt. Denn Freiheit **ohne** Verantwortung läuft auf eine Freiheit **von** der Verantwortung hinaus. Jede Emanzipation, die so fehlgedeutet wird und die notwendige Integration verneint, ist inhuman, weil sie der Würde des Menschen nicht gerecht wird. Sie macht unmündig und führt ins Kollektiv.

Die CDU tritt für eine Soziale Marktwirtschaft auf der Grundlage des privaten, aber sozialpflichtigen Eigentums ein. Sie wird alle Versuche abwehren, durch Verstaatlichung oder „Vergesellschaftung“ der Wirtschaft politische und wirtschaftliche Macht in den gleichen Händen zu vereinigen, dem Bürger seine Bedürfnisse vorzuschreiben und alles und jedes für eine öffentliche Angelegenheit zu erklären. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist die Grundvoraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft. Sie ist das Fundament für sozialen Fortschritt, gerechten Ausgleich und freie Selbstentfaltung.

Die CDU garantiert eine Politik aus sozialer Verantwortung

Nicht ein Kollektiv, sondern nur der mündige Bürger kann Verantwortung für sich und den Nächsten tragen. Die CDU bekennt sich zum Sozialstaat. Sie ist gegen den totalen Versorgungsstaat, der zu einer Inflation der Ansprüche führt. Eine Inflation der Ansprüche führt zwangsläufig zu einer Inflation des Geldes, zu einer im Höchstmaß ungerechten Politik. Daher tritt die CDU für eine Sozialpolitik ein, die getragen ist von der Achtung vor der Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Menschen, vom Vertrauen auf ihre Bereitschaft zu Leistung und Mitarbeit. Sie sucht zuerst nach Möglichkeiten einer Hilfe zur Selbsthilfe. Was der Einzelne aus eigener Initiative und mit eigener Kraft leisten kann, darf ihm nicht entzogen werden. Die CDU bejaht die Mithilfe der freien Träger und Verbände. Der Sozialstaat verwirklicht sich nicht im perfekten Versorgungsmechanismus.

Die CDU macht sich zum Anwalt der Bürger, die keine starken Verbände als Fürsprecher hinter sich haben. Die CDU anerkennt den Anspruch des Schwächeren an den Nachbarn, der Hilfsbedürftigen an die

leistungsfähigen Mitglieder der Gemeinschaft. Zur Solidarität der Bürger gehört die Verpflichtung, gemeinsame Einrichtungen der sozialen Sicherung mit zu tragen, ebenso wie der Anspruch der Gemeinschaft auf soziale Dienste des Einzelnen. Diese Solidarität gilt insbesondere den Menschen, die in ihrer persönlichen oder gesellschaftlichen Entfaltung gehemmt sind und besondere Lasten und Pflichten durch schwere Arbeit, große Familien, späte Aussiedlung, Vertreibung oder Verfolgung zu tragen haben.

Die CDU garantiert Freiheit, Recht und Ordnung

Die CDU hält die Funktionstüchtigkeit des ordnenden und gestaltenden Staates zur Durchsetzung der Gerechtigkeit in der Gesellschaft für unverzichtbar. Der Staat hat daher durch Gesetzgebung und Verwaltung Maßstäbe zu setzen zum Schutze des Bürgers und zur Überwindung des Egoismus des Einzelnen und der Gruppen. Im Gegensatz zu uferlosen Versprechungen von SPD und FDP will die CDU das Gleichgewicht von Anspruch und Leistung in Staat und Gesellschaft. Die CDU verteidigt die Freiheit gegenüber dem totalen Machtanspruch des Staates von links und rechts.

Für eine bürgernahe Politik

Die CDU setzt auf den urteilsfähigen Bürger dieses Landes. Mehr denn je ist der Staat heute auf die Mitarbeit seiner Bürger angewiesen. Die CDU weiß den Fleiß und die Schaffenskraft, den Ideenreichtum und das eigenständige Denken der Bürger von Baden-Württemberg zu schätzen. Der Entfremdung der Menschen von ihrem Staat kann nur entgegengewirkt werden, wenn diese Eigenschaften als gestaltende Kräfte einer humanen Gesellschaft in eine lebendige Demokratie eingebracht werden.

Daher sucht die CDU das Gespräch mit dem Bürger und den Kontakt mit allen Teilen der Bevölkerung. Sie macht keine Politik über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern nimmt die Sorgen und Nöte der Menschen unseres Landes zum Ausgangspunkt für bürgernahe Politik.

Mitverantwortung für das Ganze

Ein lebendiger Föderalismus schließt die Verantwortung für das Ganze mit ein. Insofern ist unsere Politik zugleich auch eine Politik für Deutschland.

Deshalb wird eine CDU geführte Landesregierung im Bundesrat wie bisher ihre Auffassung zur Außen- und Sicherheitspolitik darlegen. Sie wird insbesondere auf der festen Verankerung der Bundesrepublik

Deutschland im westlichen Verteidigungsbündnis beharren und alles dafür tun, die europäische Einigung voranzutreiben.

Sie tritt für das Offenhalten der ganzen deutschen Frage und einen gerechten Ausgleich mit den östlichen Nachbarn ein und verwendet sich mit Entschiedenheit für die Menschen- und Grundrechte aller Deutschen. Beim Vollzug der Ostverträge wird sie auf die Wahrung des vom Bundesverfassungsgericht verbindlich gesteckten Rahmens achten.

Politik für Baden-Württemberg

Die CDU bekennt sich zum föderativen Aufbau unseres Gemeinwesens. Sie versteht Föderalismus nicht negativ als partikulare Zersplitterung, sondern positiv als eine Ordnung, welche die regionalen Kräfte mobilisiert, das Engagement des Bürgers stärkt und das politische Handeln lebensnah gestaltet. Der Föderalismus erweitert die Möglichkeiten für demokratische Mitwirkung – gerade in einer Zeit, in der die Abhängigkeit des Einzelnen im Geflecht sozialer und wirtschaftlicher Zwänge ständig zunimmt.

Die CDU garantiert einen kraftvollen Föderalismus. Eine bundesstaatliche Ordnung bedeutet eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Alles was nicht vom Zentralstaat wahrgenommen zu werden braucht, wird von den Gliedstaaten orts- und bürgernäher erfüllt. Die Abgrenzung der zentralen von den territorialen Aufgaben kann selbstverständlich nicht statisch erfolgen, sondern muß die Dynamik der Entwicklung berücksichtigen.

Eine Politik für Baden-Württemberg muß die Interessen der Bürger dieses Landes beim Bund eigenständig und selbstbewußt vertreten. Die CDU in Baden-Württemberg steht für eine solche Politik. Sie hat dies in der Vergangenheit deutlich bewiesen. Denn auch in Bonn muß Politik für Baden-Württemberg gemacht werden. Unser Land verdient keine Gleichschaltung am Weisungsstrang der Bonner SPD-Parteizentrale.

Die CDU muß die bestimmende Kraft in unserem Land bleiben

Denn sie ist die einzige liberale und soziale Volkspartei der Mitte. Sie ist offen für Bürger aus allen Gruppen, Schichten und Berufen, für Frauen und Männer, für Ältere und Jüngere. Deshalb kann die CDU den gerechten Ausgleich der Interessen herbeiführen. Christlich-demokratisches Denken sieht das soziale Zusammenleben nicht grundsätzlich von Konflikten bestimmt. Die CDU setzt der Vorstellung vom Klassenkampf das Bild einer offenen und partnerschaftlichen Gesellschaft entgegen.

Die CDU betreibt eine dynamische Politik. Aber sie versteht unter Fortschritt nicht jede Veränderung schlechthin, sondern nur die Veränderung zum Besseren. Die CDU prüft, welche Elemente des sozialen Lebens bewahrt und welche als überholt oder hinderlich umgeformt oder aufgegeben werden müssen. Aber sie wirft nicht gewachsene gesellschaftliche Werte und Einrichtungen über Bord, nur weil sie nicht von heute sind. So versteht sie moderne konservative Haltung. Baden-Württemberg ist kein Experimentierfeld für Utopisten und Ideologen.

II. Wirtschaftspolitik

Weiterhin Soziale Marktwirtschaft

Grundlage für die Wirtschaftspolitik der CDU in Baden-Württemberg ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Programm für alle. Sie gibt Raum für Leistung und soziale Gerechtigkeit, für Wettbewerb und Solidarität, für Eigenverantwortung und soziale Sicherung. Sie umfaßt die Tarifautonomie ebenso wie die Machtkontrolle durch Gewaltenteilung.

Die soziale Marktwirtschaft ist die notwendige Entsprechung einer demokratischen, sozialen und freiheitlichen Staatsordnung. Sie gewährleistet die Anpassung der Gesellschaft an die veränderten Umweltbedingungen. Sie ermöglicht den Wandel in Freiheit. Sie gibt Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Daher widersetzt sich die CDU jeder Form von staatlicher Investitionslenkung. Sie tritt allen Versuchen entschieden entgegen, die versteckt oder offen auf einen planwirtschaftlichen Dirigismus hinauslaufen, der an die Stelle der Unternehmerentscheidung Bürokratien setzt, den Wettbewerb abschaffen und den Bürgern ihre Bedürfnisse vorschreiben will.

Für eine vorausschauende Wirtschaftspolitik

Noch immer befindet sich die Wirtschaft in einem konjunkturellen Tief. Das ist nicht allein die Folge einer weltweiten Rezession. Das ist weit mehr das Resultat der Politik der Bundesregierung. Durch eine im Grundsatz verfehlte, weil sozialistische Politik, sind der Wirtschaft immer größere Bürden auferlegt worden. Die wachsenden Steuer- und Soziallasten haben die Wirtschaft in den vergangenen 6 Jahren eingeschnürt und in ihrer Leistungskraft hart getroffen.

Deshalb sind die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Sicherung eines ausreichenden Wachstums notwendigen Anlageinvestitionen auf null gesunken. Die Bundesrepublik ist damit auf den letzten Platz

im Vergleich der Industrienationen zurückgefallen. Die Investitionslücke ist inzwischen auf mehr als 100 Milliarden DM angewachsen, das bedeutet, daß in den letzten vier Jahren Güter und Leistungen im Wert von rund 375 Milliarden DM nicht produziert wurden.

Die CDU setzt alles daran, um die privaten Investitionen wieder zu beleben und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. Sie weiß, daß den wirtschaftlichen Kräften wieder das Vertrauen in die Zukunft gegeben werden muß; daß die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden müssen. Daher tritt sie dafür ein, auf zusätzliche Belastungen zu verzichten und stattdessen vor allem die mittelständischen Unternehmen steuerlich zu entlasten und die strukturellen staatlichen Haushaltsdefizite konsequent abzubauen.

Die CDU weiß, daß auch in Zukunft wirtschaftliches Wachstum erforderlich ist. Aber das Wachstum muß eine neue Richtung nehmen, denn unsere Zukunftschancen liegen nicht in der Massenproduktion, sondern in der Beherrschung komplizierter Herstellungsverfahren, in der Nutzung unseres „know-how“. Die CDU in Baden-Württemberg will diese Chancen nutzen. Denn nicht Bodenschätze und Energiequellen, sondern Fleiß, Erfindungsreichtum und Sparsamkeit seiner Bewohner sind das Kapital unseres Landes.

Die CDU wird die Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand fördern. Sie setzt sich ein für eine breite Beteiligung am Zuwachs des Produktivvermögens. Konsumlohn und vermögensbildende Einkommensanteile müssen an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung ausgerichtet werden.

Die Sicherung der Arbeitsplätze steht obenan

Noch immer geraten Betriebe in finanzielle Schwierigkeiten. Dafür trägt die Bundesregierung die Verantwortung. Die durch die Bonner Politik verursachten Milliardenverluste der heimischen Wirtschaft können durch Millionenprogramme der Landesregierung nicht ausgeglichen werden. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung bei ihren Konjunkturprogrammen Baden-Württemberg und vor allem seine mittelständische Wirtschaft sträflich vernachlässigt hat. Erst beim 4. Konjunkturprogramm wurde dank heftiger Proteste der CDU unser Land endlich halbwegs angemessen berücksichtigt.

Die CDU betrachtet die Sicherung der Arbeitsplätze als vordringlichste Aufgabe. Was die von ihr getragene Landesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen kann, das geschieht. Kein anderes Bundesland hat für seine heimische Wirtschaft durch eigene Konjunkturprogramme, durch eine aktive Strukturpolitik und ausgeprägte Mittelförderung vergleichbare Anstrengungen unternommen. In den letzten beiden Jahren ist es gelungen, rund 116000 Arbeitsplätze neu

zu schaffen oder in ihrem Bestand zu erhalten. Ohne diese Anstrengungen wäre die Arbeitslosigkeit in unserem Land doppelt so hoch. So aber haben wir die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Das muß so bleiben. Das kann allein die CDU bewirken.

Die Jugendarbeitslosigkeit muß bekämpft werden

Die CDU verfolgt mit großer Sorge die Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen. Denn die Jugendarbeitslosigkeit stellt ein gesellschaftspolitisches Problem ersten Ranges dar. Das Sonderprogramm der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kam zur rechten Zeit. Mit ihm konnten von März bis Ende August 1975 fast 1000 Ausbildungsplätze erhalten werden. Sollte es sich als notwendig erweisen, so wird die CDU unverzüglich für ein zweites Sonderprogramm eintreten.

Darin müssen enthalten sein:

- Ausbildungsplätze für konkursgeschädigte Lehrlinge;
- Ausbildungsplätze in strukturschwachen Gebieten;
- Ausbildungsstätten für Sonderschüler und Behinderte;
- Arbeitshilfsmaßnahmen für verhaltensgestörte Jugendliche.

Rückkehrhilfen für ausländische Arbeitnehmer

Ausländische Arbeitnehmer haben sich in wichtigen Bereichen unserer Wirtschaft einen festen Platz erworben und tragen damit zur Erhaltung unseres Wohlstandes bei. Ausländischen Arbeitnehmern, die in strukturell schwachen Branchen beschäftigt waren und im Verlauf der Rezession ihren Arbeitsplatz verloren haben, muß die Rückkehr in ihre Heimat erleichtert werden. Dazu ist es sinnvoll, anstelle des Arbeitslosengeldes eine Rückkehrhilfe in Form einer einmaligen finanziellen Leistung zu gewähren. Dieses Konzept der Landesregierung ist im Falle Audi/NSU mit großem Erfolg praktiziert worden. Die CDU fordert die Bundesregierung nunmehr auf, eine entsprechende Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vorzulegen.

III. Strukturpolitik, Landesentwicklung und Mittelstandsförderung

Fortentwicklung der Wirtschaft ist lebensnotwendig

Die CDU kennt die besondere Bedeutung, welche einer aktiven Strukturpolitik für die künftigen Jahre zukommt. Zwar vermehrt sich die Bevölkerung von Baden-Württemberg kaum noch; gleichwohl wird die Zahl der Erwerbsfähigen bis 1990 um rund 500000 Menschen durch die geburtenstarken Jahrgänge der vergangenen 15 Jahre zu-

nehmen. Diese Kinder und Jugendlichen sind bereits geboren und leben hier. Wenn sie 15 Jahre alt werden, brauchen sie einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

Deshalb setzt die von der CDU geführte Landesregierung alles daran, die Industriepalette des Landes zu bereichern, insbesondere Wachstumsindustrien anzusiedeln und zu einer möglichst großen Vielfalt der Branchenstruktur in allen Teilen des Landes zu gelangen. Dazu gehört die Errichtung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Aufgabe der Werbung, Vermittlung und Beratung.

Für einen leistungsstarken Mittelstand in Baden-Württemberg

Nicht ohne Grund hat die Förderung des Mittelstandes durch die Landesregierung von Baden-Württemberg eine gute Tradition. Denn mittelständische Unternehmen beschäftigen die Hälfte aller Arbeitnehmer in unserem Land. Die CDU sieht die Vielgestaltigkeit unserer heimischen Wirtschaft als ihre Stärke an. Kleinere und mittlere Betriebe sind beweglicher und können sich leichter auf die Anforderungen der Zukunft einstellen. Diese lauten: Noch mehr Qualität unserer Produktion, noch bessere Technologie.

Daher tritt die CDU insbesondere dafür ein, dem Verlust mittelständischer Arbeitsplätze zu begegnen. Aufgabe einer Mittelstandspolitik muß es sein, den Erschwernissen bei der Eigenkapitalbildung entgegenzuwirken und die internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Die von der CDU getragene Landesregierung hat ein Mittelstandsgesetz vorgelegt, welches die Mittelstandsförderung durch Gesetz zur staatlichen Daueraufgabe erhebt und die verschiedenen Förderungsformen zusammenfaßt.

Die CDU setzt sich u. a. für folgende Maßnahmen ein:

- zinsgünstige Darlehen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen;
- zinsgünstige Darlehen für Umstellungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen;
- Ausbau des technischen und betriebswirtschaftlichen Beratungsdienstes;
- Förderung der Forschung und der Vermittlung wirtschaftsnaher Forschungsergebnisse;
- verstärkte Beteiligung kleiner und mittlerer Betriebe an Ausschreibungen und Auftragsvergabe der öffentlichen Hand;
- die öffentliche Hand soll wirtschaftliche Leistungen, die von privaten Unternehmen zweckmäßig ordnungsgemäß und kostengünstig ausgeführt werden können, soweit wie möglich an solche vergeben;

– Förderung der Erschließung ausländischer Märkte.

Die CDU Baden-Württemberg vertritt den Standpunkt, daß eine gesunde mittelstandsfreundliche Politik dem Wohl aller Bürger unseres Landes dient. Eine gut funktionierende mittelständische Wirtschaft macht wirtschaftliches Wachstum und damit soziale Reformen und Leistungen erst möglich.

Für die Stärkung der freien Berufe

Die CDU weiß, was unser Land der Initiative und dem Fleiß der Selbständigen verdankt. Der hohe Leistungsstandard, den Baden-Württemberg aufzuweisen hat, wäre ohne den Beitrag der freien Berufe nicht möglich.

Die CDU begrüßt, daß die freien Berufe im Mittelstandsförderungsgesetz berücksichtigt wurden. Sie hält es für richtig, daß damit die freien Berufe grundsätzlich die gleichen Förderungsmaßnahmen wie die gewerbliche Wirtschaft in Anspruch nehmen können.

Auch weiterhin Förderung der strukturschwachen Gebiete

Die CDU macht ernst mit der Forderung nach Chancengleichheit aller Bürger in Baden-Württemberg. Daher will sie, daß auch in Zukunft die Strukturpolitik für die wirtschaftsschwachen Gebiete fortgeführt und ausgebaut wird. Ziel dieser Politik muß es sein, einen bestmöglichen Ausgleich für Standortnachteile gegenüber den wirtschaftsstärkeren Räumen zu geben; durch Hilfen des Landes bei Investitionen und durch den weiteren Ausbau der Infrastruktur.

Das Ausbluten bestimmter Regionen des Landes muß verhindert werden.

Deshalb unterstützt die CDU folgende Maßnahmen:

- besondere Förderung von wirtschaftsschwachen Gebieten durch die Festsetzung von Landesausbauorten;
- besondere Förderung von Gebieten mit einseitiger Wirtschaftsstruktur durch Neuansiedlung von Industrie und durch Unterstützung von Umstellungs- und Diversifizierungsinvestitionen.

Die CDU begrüßt die Sonderprogramme und Hilfen für viele Gebiete unseres Landes. Genannt seien nur die Programme für die Hohenloher Gebiete und für den Raum Heilbronn-Neckarsulm. Mit diesen Initiativen konnten schwerwiegende Beschäftigungseinbrüche verhindert und Anreize zur wirtschaftlichen Kräftigung gegeben werden.

Die CDU lehnt einen Baustopp ab, der das Leben in den Gemeinden abwürgen und die bestehenden Verhältnisse konservieren würde.

Innere Ordnung in den Verdichtungsräumen

Der CDU liegt daran, daß auch die Verdichtungsräume menschenwürdig und funktionsfähig bleiben. Denn sie sind unentbehrliche Zentren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die CDU tritt aber dafür ein, daß wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt in Einklang gebracht werden mit der Leistungsfähigkeit unserer natürlichen Lebensgrundlagen, mit Boden, Wasser, Luft und Landschaft. Eine flächenhafte Ausbreitung der Siedlungstätigkeit um den Verdichtungskern muß daher vermieden werden.

Die CDU hält es für wichtig, die Urbanität der Zentren der Großstädte zu stärken. Modernisierung, Sanierung und Denkmalpflege, aber auch die Verbesserung der Umweltverhältnisse müssen daher Vorrang haben vor der Erschließung neuer Baugebiete. Die CDU tritt dafür ein, bei der städtebaulichen Förderung den Akzent noch stärker auf die Erhaltung guter Bausubstanzen und auf eine menschengerechte Gestaltung der gebauten Umwelt zu legen. Es soll sich für den Bürger wieder lohnen, auch in den inneren Stadtbezirken zu wohnen und dort auch die Freizeit zu verbringen.

Zur ausgewogenen Landesentwicklung gehört auch ein funktionierendes Verkehrsnetz

Die CDU wird darauf achten, daß das Verhältnis zwischen Schiene und Straße nicht einseitig zu Lasten einer der beiden Verkehrsträger verschoben wird. In einem Flächenstaat wie Baden-Württemberg dürfen weder notwendige Bahnlinien stillgelegt noch die erforderlichen Aus- und Weiterbauten der Bundes- und Landstraßen vernachlässigt werden.

Die CDU erkennt die Bedeutung, welche der öffentliche Personennahverkehr für die Ballungszentren hat. Aber auch im ländlichen Raum muß die Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln erhalten bleiben, wenn das vom Landesentwicklungsplan geforderte Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse voll verwirklicht werden soll. Die CDU spricht sich daher klar gegen die Absicht des Bundes aus, namentlich in den ländlichen Gebieten Bahnstrecken in großem Umfang stillzulegen, ehe Ersatz durch ein angemessenes Straßennetz geschaffen ist.

IV. Energiepolitik

Die CDU Baden-Württemberg hat auf ihrem Parteitag in Pforzheim ihre Entscheidung in der Energiepolitik getroffen. Kernpunkte dieses Energiekonzepts sind:

- Durch rationelle Energieverwendung Reduzierung des Inlandverbrauchs gegenüber den ursprünglich für 1985 vorgesehenen Werten;

- Beschränkung der Abhängigkeit der Gemeinschaft von Energieeinfuhren aus Drittländern;
- langfristige Verwendung von Kohle und Erdöl nicht als Energieträger, sondern als Rohstoff für hochwertige Produkte;
- Einsatz der Kernenergie. Sie ist nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft die vorteilhafteste Lösung für eine Produktion von Wärme zur Stromerzeugung und zur industriellen Nutzung. Dies gilt besonders im Blick auf ihre Verfügbarkeit, die Vorteile beim Transport, die Bevorratung und unter den Gesichtspunkten des Umweltschutzes.

Die CDU wird ferner darauf drängen, daß die Bundesregierung ihre Bemühungen zur Erforschung neuer Technologien zur Gewinnung von Energie endlich verstärkt.

Die von der CDU getragene Landesregierung hat entsprechend diesem Konzept Konsequenzen gezogen. In ihrem Bericht über die Möglichkeiten zur Einsparung von Energie aus dem Jahr 1975 hat sie die auf absehbare Zeit möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung in Angriff genommen. Die Zuwachsraten des Stromverbrauchs liegen in ihrer Planung bei 6%. Damit bleibt sie unter den Annahmen sowohl der Bundesregierung (7%) als auch der Europäischen Gemeinschaften (8%). Diesen reduzierten Planungen liegen nach Auffassung der CDU realistische Annahmen zugrunde. Das Energieangebot muß entsprechend erweitert werden. Andernfalls

- ist bis Ende der 70er Jahre bei der Stromversorgung in Baden-Württemberg eine Lücke von etwa 700 Megawatt nicht auszufüllen, die mit Importstrom von außerhalb nicht gedeckt werden kann, weil auch in den Nachbarländern Mangel herrscht;
- droht in den 80er und 90er Jahren eine für die Gesamtwirtschaft höchst gefährliche Entwicklung, denn die Vorräte an Erdöl, die die Primärenergieversorgung von Baden-Württemberg zu 70% trägt, und Erdgas gehen voraussichtlich in 30 Jahren zu Ende;
- gibt es keine Gewähr für Vollbeschäftigung, denn dazu ist ein durchschnittliches Wachstum von 3% bis 4% erforderlich; Voraussetzung dafür aber ist ein zusätzliches Angebot an elektrischer Energie in Höhe von 6%.

Um diese Gefahren abzuwenden, ist die Verwendung von Kernenergie unumgänglich. In Übereinstimmung mit der Landesregierung betont die CDU erneut, daß die Sicherheit der Menschen und der Schutz der Landschaft Vorrang vor allen energiepolitischen Überlegungen hat. Die Wirtschaftlichkeit kommt erst danach. Deshalb ist es richtig:

- Die Wahl der Standorte nicht der Energiewirtschaft zu überlassen, sondern sie im öffentlichen Interesse durch den Staat festzulegen;
- Gutachten von unabhängigen Wissenschaftlern zu allen Standortfragen einzuholen, über damit zusammenhängende Fragen mit

berufsständischen Organisationen und mit Bürgerinitiativen, soweit sie sich auf den Boden des Rechtsstaates zu stellen bereit sind, zu sprechen;

- die Sicherheitsbestimmungen streng zu fassen und auf die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften peinlich zu achten.

Die CDU ist der Überzeugung, daß bei Abwägung aller Belange des Umweltschutzes, der Sicherheit und der gesunden Entwicklung des Landes Baden-Württemberg Kernkraftwerke ohne unnötige Verzögerung gebaut werden müssen. Sie wertet das Verlangen der SPD des Landes nach einem Baustopp für Kernkraftwerke für mindestens 2 Jahre unvereinbar mit der Verantwortung für die Sicherung der Stromversorgung und der Arbeitsplätze.

V. Finanzpolitik

Mit Beginn der Koalitionsregierung aus SPD und FDP im Bund haben sich die Finanzverhältnisse in Bund, Ländern und Gemeinden mit zunehmendem Tempo verschlechtert. Die Bundesregierung macht 1975 mit rund 40 Milliarden DM in einem Jahr annähernd gleichviel Schulden wie zuvor CDU-geführte Regierungen in 20 Jahren von 1949 bis 1969. Insgesamt befinden wir uns in der größten Finanzmisere der Nachkriegszeit. Eine leichtfertige, fälschlich als Reformpolitik etikettierte, finanziell nicht abgesicherte Wunschpolitik hat Staat und Wirtschaft überfordert und die soziale Sicherheit der Bürger gefährdet. Das Ergebnis ist die tiefste und gravierendste Rezession und die ernsteste Vertrauenskrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Konzept der Bundesregierung zur Behebung dieser Krise ist halbherzig, widersprüchlich und kurzatmig. Geringfügigen Sparvorschlägen stehen einschneidende Steuererhöhungen gegenüber. Tatsache ist, daß in den vergangenen Jahren zu viel verteilt worden ist. Die Ursache allen Übels, daß nämlich die Ausgaben stärker zu wachsen drohen, als die Einnahmen, bleibt bestehen. Das dadurch entstehende strukturelle Haushaltsdefizit kann nur durch konsequente Ausgabenkürzungen überwunden werden. Die Kürzungen, die die Regierung Schmidt unter dem Zwang der leeren Kassen und angesichts einer alle Maßstäbe sprengenden Staatsverschuldung empfohlen hat, um einen Teil der von SPD und FDP gemachten Fehler zu korrigieren, genügen in keiner Weise. Die CDU stellt fest, daß die Bundesregierung den Weg weiterer Kürzungen nicht zu gehen bereit ist. Wird aber dieser Weg nicht beschritten, gerät die staatliche Ordnung in die Gefahr der Auflösung.

Deshalb fordert die CDU eine grundlegende Kurskorrektur. Folgende Maßnahmen sind zu ergreifen:

- Die Staatsausgaben müssen auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden;

- die Leistungskraft der Wirtschaft und ihre internationale Konkurrenzfähigkeit muß durch gezielte steuerliche Erleichterungen wieder hergestellt werden;
- das Vertrauen in die Zukunft muß wiedergeschaffen werden, durch Beseitigung der zusätzlichen Belastungsfaktoren wie den Sozialisierungstendenzen, das Gerede um Verstaatlichung und Investitionslenkung.

Das Land Baden-Württemberg geht den unbequemen, aber einzig richtigen Weg des Sparens. Die CDU unterstützt die Landesregierung bei ihrem Sparprogramm von einer Milliarde DM im Haushaltsjahr 1976. Die CDU hat damit den Beweis erbracht, daß sich ein Ausweg aus den finanziellen Schwierigkeiten auch ohne Steuererhöhungen finden läßt. Die CDU begrüßt die getroffenen Sparmaßnahmen:

- Das Festhalten des Landes an der 42-Stunden-Woche als Arbeitszeit für die Beamten;
- die Einrichtung der Dreier-Kommission, die allein im Haushaltsjahr 1975 den Gegenwert von mehr als 2000 Beamtenstellen eingespart hat;
- die vorgesehene Verringerung des Personalbestandes des Landes um 4700 Stellen im Jahre 1976 durch Nichtbesetzung von freierwerdenden Stellen außerhalb der Schwerpunktbereiche der Landespolitik.

Als erstes Land hat Baden-Württemberg mit diesen Beschlüssen ein geschlossenes Sparkonzept vorgelegt. Die von der CDU getragene Landesregierung hat damit gezeigt, daß sie auch in einem Wahljahr schmerzliche Entscheidungen dann trifft, wenn dies im Interesse des Ganzen geboten ist.

VI. Bildungspolitik

Für eine humane Bildungspolitik

Unter Führung der CDU sind in Baden-Württemberg grundlegende Fortschritte im Bildungsbereich erzielt worden:

- eine umfassende Landschulreform hat entscheidend mitgeholfen, das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land aufzuheben und das soziale Bildungsgefälle zwischen den Bevölkerungsschichten abzubauen. In allen Landesteilen wurde ein ausgewogenes Netz leistungsfähiger Schulen geschaffen;
- die Versorgung unserer Schulen mit Lehrern konnte durch die überproportionale Steigerung der Lehrerzahlen wesentlich verbessert werden. Dies ermöglichte kleinere Klassen und ein verbessertes Unterrichtsangebot;

- durch den Ausbau der beruflichen Bildung hat das Land klare Schwerpunkte gesetzt. Dadurch wurde die Hauptschule zur eigentlich weiterführenden Schule. Für die Absolventen mit mittlerem Abschluß und für die Abiturienten wurden neuartige Wege zu qualifizierten Berufen eröffnet. Hier wurden von Baden-Württemberg Pionierleistungen auch für die überregionale Entwicklung erbracht;
- in allen Schulbereichen wurde eine innere Reform mit Augenmaß eingeleitet. Im Gegensatz zu der Entwicklung in SPD-Ländern konnte durch den praxisnahen, unvoreingenommenen und offenen Ansatz dieser Entwicklung ein Schulkampf vermieden werden;
- durch hohe Investitionen in Forschung und Lehre hat das Land ein leistungsfähiges Hochschulwesen aufgebaut.

Inhaltliche Reformen haben Vorrang

Im Mittelpunkt unseres Schulwesens muß der junge Mensch stehen. Es muß der Vielfalt seiner individuellen Begabungen und Neigungen Rechnung tragen. Die CDU wird sich auch künftig dem gleichmachenden Trend einer sozialistischen Bildungsideologie widersetzen.

Ein Höchstmaß der individuellen Förderung läßt sich nur erreichen, wenn die Unterschiedlichkeit des Menschen auch im Bildungswesen berücksichtigt wird. Die CDU fordert, daß auch der musische Bereich, die eigenschöpferische Betätigung, die Erziehung zu Toleranz und Hilfsbereitschaft, aber auch die körperliche Ertüchtigung zur Entfaltung kommen. Eine einseitige Intellektualisierung des Schulwesens muß vermieden werden.

Die CDU begrüßt, daß Baden-Württemberg als erstes Bundesland eine Expertenkommission „Anwalt des Kindes“ berufen hat. Sie erwartet von dieser Kommission wertvolle Ratschläge.

Die CDU sieht eine vorrangige Aufgabe darin, in der Schule individuelle Förderung mit hohem Leistungsniveau zu verbinden. Schule darf nicht in Streß ausarten. Sie kann aber auf individuell abgestufte Leistungsanforderung nicht verzichten. Es geht darum, Überforderung gleichermaßen wie Unterforderung zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule auf der Grundlage des Schulgesetzes verbessert werden. Schüler und Eltern brauchen vermehrt die beratende Hilfe des Lehrers. Das humane Klima der Schule hängt in hohem Maße vom Lehrer ab. Daher ist es unerläßlich, die Praxisnähe der Lehrerbildung zu sichern. Dies gilt vor allem für den Grundschulbereich, in dem eine falsche Verwissenschaftlichung vermieden werden muß. Die CDU in unserem Lande hat in den vergangenen Jahren unter hohem finanziellen und personellen Aufwand im Rahmen von Modellversuchen neue pädagogische Möglichkeiten erprobt. Diese Versuche müssen ausgewertet werden. Die bis-

herigen Erfahrungen zeigen eindeutig, daß die integrierte Gesamtschule sich bislang nicht als eine brauchbare Alternative zum gegliederten Schulwesen herausgestellt hat. Sie baut Klassengegensätze nicht ab, sondern verstärkt sie; ihr Leistungsniveau ist nicht höher, sondern geringer als im Regelschulwesen. Ihre Einführung würde im Lande die Schulwege weiter anwachsen lassen und zu einer untragbaren finanziellen Mehrbelastung aller Beteiligten führen.

Die generelle Einführung der Oberstufenreform ist ganz wesentlich auch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Wegen des stark verengten Finanzrahmens des Landes hält es die CDU für richtig, die zunächst für das Schuljahr 1976/77 in Aussicht genommene Einführung um ein Jahr zu verschieben. Diese Zeit muß dazu genutzt werden, die mit dieser Oberstufenreform zusammenhängenden Fragen weiter zu klären.

Wichtiger als organisatorische Experimente ist es nach Auffassung der CDU, die Zusammenarbeit zwischen den Schularten zu verbessern. Vor allem die Hauptschule, die von der Hälfte eines Altersjahrganges besucht wird, muß auf der Grundlage des Aktionsprogramms zur Weiterentwicklung der Hauptschule attraktiv gestaltet werden. In allen Schularten wird die CDU ihre Bemühungen fortsetzen, die Schüler-Lehrer-Relation zu verbessern.

Berufliche und allgemeine Bildung sind gleichwertige Alternativen

Die von der CDU getragene Landesregierung hat dem beruflichen Schulwesen Priorität eingeräumt. Sie sieht darin einen wirksamen Beitrag gegen eine übersteigerte Akademisierung. Daher wird die CDU weiter am Ausbau des Berufsschulwesens arbeiten. Sie will die selbstverständliche Partnerschaft zwischen dem öffentlichen Bildungsbereich und dem betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungssektor. Sie tritt dafür ein, das Angebot berufsbezogener Ausbildungsgänge als Alternative zur Hochschule auszuweiten.

Bildungs- und Beschäftigungssystem müssen aufeinander abgestimmt werden

Das Bildungswesen kann seinen Dienst am Einzelnen und der Gesellschaft nur erfüllen, wenn es Rücksicht nimmt auf die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt. Die CDU tritt dem modischen Trend entgegen, weit mehr Akademiker und Abiturienten zu produzieren als sie unsere Gesellschaft angemessen beschäftigen kann. Sie wendet sich gegen eine Inflation der Bildung durch Minderung der Ansprüche. Die von der SPD noch vor wenigen Jahren erhobene Forderung, die Hälfte

eines Altersjahrganges müsse zum Abitur geführt werden, ist angesichts des Staus vor Hochschulen und des wachsenden Beschäftigungsrisikos unverantwortlich.

Demgegenüber sind entschlossene Maßnahmen notwendig, um der wachsenden Zahl von Schul- und Hochschulabsolventen in den nächsten Jahren Arbeit und Ausbildungsplätze zu sichern. Die Bereitschaft der Wirtschaft, ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Ausbildungsplatzangebot für die Lehrlinge zur Verfügung zu stellen, ist zu fördern. Die Bildungsinhalte von Betrieb und Berufsschule müssen aufeinander abgestimmt werden. Im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft ist eine stärkere Durchlässigkeit von Berufslaufbahnen zu verwirklichen. Eine möglichst frühzeitige, umfassende und realistische Beratung über die voraussichtliche Entwicklung des Bedarfs in den einzelnen Bereichen muß die Grundlage für eigenverantwortliche Entscheidungen schaffen.

Eine Neuregelung des Hochschulzugangs

Der Mangel an Studienplätzen zwingt die Zulassung zu den Hochschulen neu zu regeln. Baden-Württemberg ist das hochschulreichste Bundesland. Die „Importquote“ an Studierenden aus anderen Bundesländern ist mit über 12000 Studenten am größten. Das rührt nicht zuletzt daher, daß die von SPD und FDP getragenen Landesregierungen auf der Grundlage ihrer egalitären Bildungsideologie die Zahl der Studienbewerber in den vergangenen Jahren unverantwortlich vermehrt haben, ohne für ein entsprechendes Angebot an Studienplätzen zu sorgen. Die CDU will es dem Steuerzahler unseres Landes nicht länger zumuten, Hochschulplätze auch für jene Länder zu finanzieren, deren überzogene Bildungspolitik zu dem jetzt deutlich gewordenen Desaster geführt hat.

Die CDU fordert daher, die Chancen der Abiturienten aus Baden-Württemberg auf einen Studienplatz zu verbessern. Solange nicht sichergestellt ist, daß in allen Ländern die gleichen Anforderungen an das Abitur gestellt werden, sieht die CDU in der Einführung von Länderquoten die einzige Möglichkeit, eine Benachteiligung der Bewerber aus unserem Lande zu verhindern. Baden-Württemberg hat hier konkrete Vorschläge vorgelegt, die jedem Abiturienten eine Studienchance offenhalten.

Die Leistungsfähigkeit in Forschung und Lehre muß gesichert bleiben

Die CDU sieht auch künftig in Forschung und Lehre eine wichtige Grundlage des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Die sich verschärfenden Engpässe im gesamten Hochschulbereich ver-

langen aber, daß die wirtschaftliche Verwendung von Personal und Mitteln mit allen Anstrengungen verbessert wird. Die Forschung in unserem Lande darf nicht zur Feierabendforschung herabsinken. In der Lehre verlangt der auf uns zukommende „Studentenberg“, daß wir bis an die Grenze der Belastbarkeit gehen. Durch Kapazitätsfeststellungen und Nutzungskontrollen, durch Schwerpunktbildung und Reform der Studiengänge muß das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Leistungsfähigkeit des Hochschulbereichs gestärkt werden. Nach Auffassung der CDU haben die Hochschulen der Gesellschaft zu dienen. Die CDU wendet sich gegen jeden Versuch, daß unter dem Deckmantel der Selbstverwaltung die Hochschulen zu politischen Agitationen mißbraucht werden.

VII. Gesellschaftspolitik

Solidarität mit den Hilfsbedürftigen

Ein wesentlicher Schwerpunkt der politischen Arbeit der CDU liegt im Bereich der Sozialpolitik, und hier in der Hilfe für die alten, behinderten und kranken Menschen. Dabei verstehen die CDU und die von ihr getragene Landesregierung Sozialpolitik weder als allumfassende staatliche Versorgung noch als bloße Armenfürsorge. Sozialpolitik muß vielmehr getragen sein von der Achtung vor der Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Menschen sowie vom Vertrauen auf ihre Bereitschaft zu eigener Verantwortung und Leistung.

Die CDU hält die Sozialstationen für ein wichtiges Instrument der Sozialpolitik im Lande. Durch sie werden die Hilfsdienste für die häusliche Krankenpflege, Altenpflege, Haus- und Familienpflege neu organisiert und wesentlich verbessert. Außerdem bilden sie Laien für pflegerische Hilfen aus und geben den Bürgern die Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit in der Nachbarschaftshilfe. Die CDU begrüßt es daher, daß inzwischen in fast allen Stadt- und Landkreisen solche Sozialstationen ihre Arbeit aufgenommen haben.

Die CDU fühlt sich unseren älteren Mitbürgern besonders verpflichtet. Ohne ihre enormen Leistungen wäre der Aufbau unseres Landes, seiner Wirtschaft und seiner freiheitlichen Demokratie nicht möglich gewesen.

Die CDU tritt dafür ein, daß die alten Menschen die Verantwortung für ihren Lebensabend solange wie irgend möglich selbst tragen können. Aus diesem Grund räumt die CDU den offenen Hilfen den Vorrang ein vor der Heimunterbringung und der Anstaltspflege. Daher fördert sie auch den Bau von altengerechten Wohnungen. Die CDU folgt dabei der Erkenntnis, daß die alten Menschen möglichst lange in der ihnen vertrauten gesellschaftlichen Umgebung verbleiben sollten.

Aus Solidarität mit den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft hat sich die CDU stets nachhaltig für die behinderten Menschen in unserem Land eingesetzt. Die behinderten Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Schulbildung wie alle anderen Kinder und Jugendlichen. Unser Land kann für sich in Anspruch nehmen, in seiner Bildungspolitik mit der Chancengleichheit behinderter Kinder ernst gemacht zu haben.

Neben der Schulbildung muß die Berufsbildung behinderter Jugendlicher stehen, wofür sich insbesondere Berufsbildungswerke empfehlen. Mit dem Südwestdeutschen Rehabilitationszentrum in Neckargemünd ist ein zukunftsweisender Anfang gemacht. Dies ist die größte derartige Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland, ja in ganz Europa. Auch die mit nachhaltiger Unterstützung des Landes errichteten Rehabilitationszentren in Stegen, Bad Krozingen und Gailingen sind weltweit anerkannt. Weiterhin sieht es die CDU für außerordentlich wichtig an, daß die Behinderten auch eine Arbeit finden, bei der sie ihre spezifischen Fähigkeiten und Begabungen entfalten können. Dabei kommt den Werkstätten für Behinderte besondere Bedeutung zu. Deshalb fordert die CDU, die Zahl der Plätze in Behindertenwerkstätten Zug um Zug auszubauen.

Die CDU stellt sich den neuen sozialen Fragen in unserer Zeit. Sie macht sich insbesondere zum Anwalt derer, die unverschuldet in Not geraten sind, die mit dem Leben allein nicht fertig werden und die keine organisierten Fürsprecher haben.

Für eine zukunftsgerechte Gesundheitspolitik

Auf dem Weg zu einem modernen und sozialen Gesundheitswesen konnten entscheidende Fortschritte erzielt werden. Psychiatrieplan und Krankenhausgesetz zeigen dies. Die CDU hat sich dabei nicht von Schlagworten leiten lassen, sondern oberster Grundsatz war, die bestmögliche ärztliche Versorgung für alle Patienten sicherzustellen. Diese Versorgung muß sich, unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Patienten, ausschließlich nach Art und Schwere der Erkrankung richten.

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zeigt, daß vor allem Krankenhausbetten „kostbar“ sind. Daher ist eine Verlagerung von Aufgaben der vollstationären Versorgung auf weniger kostenintensive Einrichtungen erforderlich. Der Krankenhausbedarfsplan der CDU-Landesregierung garantiert ein bedarfsgerechtes Angebot an Krankenhausbetten im ganzen Land und vermeidet so teure Überkapazitäten. Schließlich tragen die von der CDU in Baden-Württemberg besonders geförderten „Offenen Hilfen“ nicht nur zur Verbesserung, sondern auch zu einer Verbilligung der Leistungen im Gesundheitswesen bei.

Familienpolitik

Die CDU sieht den Schutz und die Pflege von Ehe und Familie als eine besonders wichtige Aufgabe an. Die sozialen Leistungen von Ehe und Familie sind auch heute noch vielfältig und unersetzlich. Die Familie ermöglicht die täglich notwendige Erholung für den arbeitenden Menschen, die Pflege der Kinder, Alten, Kranken und Schwachen. Keine öffentliche Institution vermag auch dem jungen Menschen in ähnlicher Weise das enge Zusammenleben mit unterschiedlichsten Menschen zu bieten und ihm auf diese Weise die notwendige Erfahrung in sozialem Verhalten zu vermitteln.

In einer Demokratie müssen Ehe und Familie in jeder Weise gefördert werden, weil ein bewußt gestaltetes Privatleben ein Gegengewicht gegen die oft beklagte Entfremdung im Berufsleben und gegen den damit verbundenen Verlust an Selbständigkeit bietet. Eigenverantwortung und selbständige Initiativen sind aber notwendige Voraussetzungen für die Erhaltung eines Staatswesens, das in hohem Maße von der Urteilsfähigkeit und der politischen Einsatzfreudigkeit seiner Bürger abhängt. Schutz der Familie ist damit der wirksamste Schutz gegen die Beseitigung der Freiheit durch staatliche oder gesellschaftliche Macht.

Die Familie muß den ihr gebührenden sozialpolitischen Rang behalten. Keine noch so teuren und perfekten staatlichen Einrichtungen können sie ersetzen. Es ist daher wichtig, die Wirtschafts- und Erziehungskraft der Familie zu stärken und nicht einer Frühkollektivierung der Kinder das Wort zu reden.

Politik für die Frauen

Das Grundgesetz bestimmt, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind, und daß niemand seines Geschlechtes wegen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Die CDU tritt daher dafür ein, daß die in der gesellschaftlichen Praxis noch bestehenden Vorurteile konsequent abgebaut werden. Sie bejaht daher die Emanzipation der Frau, aber sie widersetzt sich jedem Zwang zur Emanzipation, der nur neue Unfreiheiten schafft. Die Frauen müssen selbst darüber bestimmen können, ob sie einen Beruf ausüben oder sich ganz der Aufgabe widmen wollen, Mittelpunkt einer Familie zu sein.

In ganz besonderem Maße sind die verwitwete, geschiedene oder ledige Mutter und ihr Kind auf die Hilfsbereitschaft und das Verständnis der Gesellschaft angewiesen. Wenn auch die Familie, in der Mann und Frau sich gegenseitig ergänzen, für Eltern und Kinder gewiß die beste Form der Familiengemeinschaft ist, darf doch einer Familie, die nur eine Mutter besitzt, keine Diskriminierung zuteil werden. Die

unvollständige Familie ist für die heranwachsenden Kinder immer noch ungleich besser als die beste Heimerziehung.

Die CDU will aber auch die volle Anerkennung der alleinstehenden Frau in der Gesellschaft, denn die alleinstehende moderne Frau erfüllt vielfältige Aufgaben in ihrem Beruf und in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Um den vorgenannten Zielen Nachdruck zu verleihen verabschiedete der Pforzheimer Parteitag der CDU Baden-Württemberg 1974 eine „Aktionsprogramm zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Beruf und Familie“.

VIII. Landwirtschaftspolitik

Politik für den ländlichen Raum

Für die CDU bedeutet Agrarpolitik Dienst an der Gesellschaft. Denn Land- und Forstwirtschaft erfüllen wesentliche gesellschaftspolitische Aufgaben. Sie stellen eine ausreichende Eigenversorgung sicher, sie pflegen die Landschaften und sie bilden eine entscheidende Grundlage für die Erwerbstätigkeit im ländlichen Raum und damit für dessen Lebensfähigkeit.

Die CDU will die bäuerlichen Familien und die Mitarbeiter landwirtschaftlicher Betriebe an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben lassen. Sie sagt ja zu einer freiheitlichen, unternehmerisch ausgerichteten Landwirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums an Grund und Boden. Die CDU tritt dafür ein, die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft an den Produktionskosten und an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu orientieren. Zur Ergänzung müssen gezielte Einkommenshilfen direkt gewährt werden.

Einzelbetriebliche Förderung und Flurbereinigung haben als Elemente einer dynamischen Strukturpolitik für Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg eine gute Tradition. Die CDU garantiert, daß diese Politik auch künftig fortgesetzt wird und daß sie auch weiterhin den besonderen regionalen Gegebenheiten Rechnung trägt. Der Weg, der in Baden-Württemberg durch das Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz, durch das Alb- und Schwarzwaldprogramm eingeschlagen worden ist, muß konsequent fortgesetzt werden. Die CDU wird dafür Sorge tragen, daß sich auch diejenigen Gebiete fortentwickeln können, die von Bund und EG nicht ausreichend berücksichtigt werden. Daneben ist es weiterhin ein besonderes Anliegen der CDU, der ländlichen Bevölkerung gleichrangige Bildungschancen zu sichern.

IX. Umweltschutz

Erhaltung einer gesunden Umwelt

Eine Hauptaufgabe der Gegenwart und Zukunft ist die Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensbedingungen. Das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen muß gesichert, das ökologische Gleichgewicht des Naturhaushaltes bewahrt oder wiederhergestellt werden. Die CDU wird auf der Grundlage ihres umfassenden Programms die vielfältigen Probleme Schritt für Schritt einer Lösung zuführen. Dies gilt für die Reinerhaltung des Wassers und der Luft, für Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung, für Naturschutz und Landschaftspflege. Auch dem Schutz der Lebensmittel kommt in der modernen Industriegesellschaft eine überragende Bedeutung zu. Der Zwang zur Ertrags-sicherung in der landwirtschaftlichen Produktion, die industrielle Verarbeitung, die Verpackung und der Transport, setzen die Lebensmittel einer ständigen Belastung aus, die eine strenge Überprüfung durch die öffentlichen Stellen erforderlich macht.

Der Wasserschatz unseres Landes ist gefährdet. Die Ausweitung der industriellen Produktion und der ständig wachsende Wasserverbrauch der privaten Haushalte haben den Abwasseranfall sprunghaft ansteigen lassen und die Schmutzfracht unserer Gewässer erheblich vergrößert. Durch ein neues Finanzierungssystem konnten in den letzten Jahren die Abwasseranlagen verdoppelt werden. Die großen Fortschritte bei der Reinerhaltung des Bodensees sind ermutigend und für die CDU verpflichtend, auch weiterhin alles zu tun, damit er als größter Trinkwasserspeicher Europas erhalten bleibt und gesichert wird.

Saubere Luft ist lebenswichtig. Um Anhaltspunkte für die Umweltbelastung zu erhalten und die Abwehrmaßnahmen zu verbessern, fordert die CDU, daß ein Verzeichnis der Hauptverursacher von Luftverunreinigungen angelegt und ein automatisches Meßstellennetz zur Luftüberwachung in den Verdichtungs- und Ballungszentren des Landes aufgebaut wird.

Die Beseitigung der im Lande anfallenden Abfallmengen ist zu einem ernstesten Umweltproblem geworden. Die CDU sieht es daher als eine vordringliche Aufgabe an, umweltfreundliche Beseitigungsmöglichkeiten zu schaffen. Das setzt eine eingehende, das ganze Land und alle Arten von Abfall umfassende Planung voraus. Der Abfallbeseitigungsplan der Landesregierung wird dieser Forderung gerecht.

Ein großes Problem stellt die Lärmbelästigung dar. Viele Menschen leiden darunter und tragen gesundheitliche Schäden davon. War es früher fast ausschließlich der gewerbliche Lärm, so bildet heute der Straßenverkehr in vielen Wohngebieten die schlimmste Lärmquelle.

Die CDU tritt dafür ein, daß die vorhandenen Lärmschutzmaßnahmen ergänzt und ausgebaut werden.

Baden-Württemberg, reich an herrlichen Landschaften und vielen Kurorten, muß auch in Zukunft Ferienland und Erholungsgebiet bleiben. Die CDU wird sich deshalb für die Erhaltung der wertvollen Landschaften in Baden-Württemberg ebenso einsetzen wie für die Ausweisung weiterer Natur- und Landschaftsschutzgebiete.

X. Innere Sicherheit

Die innere Sicherheit gehört zu den Grundpfeilern einer freiheitlichen Rechtsordnung. Ein Staat, der die Rechte seiner Bürger nicht zu schützen vermag, verliert die Grundlage des Vertrauens, ohne die er nicht bestehen kann. Freiheit und demokratische Solidarität können nur gedeihen, wenn die Sicherheit des Einzelnen, der Gemeinschaft und der demokratischen Ordnung gewährleistet ist.

Den Sicherheitsplan Schritt für Schritt verwirklichen

Für die CDU in diesem Lande ist die innere Sicherheit kein Modewort, das sie erst heute entdeckt. Für die CDU ist die Festigung von Sicherheit und Ordnung im Innern eine dauernde Verpflichtung und ein Schwerpunkt ihres landespolitischen Handelns. Deshalb steht sie voll hinter dem Sicherheitsplan der Landesregierung. Sie erwartet die weitere zügige Durchführung dieses Planes.

Insbesondere setzt sich die CDU dafür ein, die Polizei so zu verstärken und auszurüsten, wie es die Bekämpfung der Schwerekriminalität und anderer Bedrohungen unserer Sicherheit zwingend erforderlich macht. Die CDU ist sich jedoch bewußt, daß innere Sicherheit nicht allein von der Zahl und Ausrüstung der Polizeibeamten abhängt. Vielmehr ist entscheidend, daß die Bürger zu ihrem Staat stehen, daß die Politiker Recht und Freiheit der Bürger entschlossen verteidigen. Die CDU hat hier ihre klare und geradlinige Haltung unter Beweis gestellt. Sie wird das auch in Zukunft tun.

Hieran fehlt es bei SPD und FDP. Das hat sich bei zahlreichen von Baden-Württemberg eingebrachten Bundesratsinitiativen gezeigt, die von SPD und FDP regierten Ländern nicht unterstützt wurden.

Die Bürger des Landes, in dem gegenwärtig der Prozeß gegen den harten Kern der Baader-Meinhof-Bande stattfindet, haben kein Verständnis für eine Verharmlosung der Probleme der inneren Sicherheit.

Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst

Die CDU steht uneingeschränkt zu dem Grundsatz, daß der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat berechtigt, ja sogar verpflichtet ist,

Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernzuhalten. Diese Verpflichtung hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig ausgesprochen. Es muß dabei bleiben, daß in das Beamtenverhältnis nur berufen werden darf, wer die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Von allen Beamten muß auch in Zukunft verlangt werden, daß sie sich innerhalb und außerhalb des Dienstes aktiv für die Erhaltung dieser Grundordnung einsetzen.

Die CDU ist bereit, diese Grundsätze in die Tat umzusetzen. Die CDU ist entschlossen, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Das kann nur geschehen, wenn die Voraussetzungen dafür im Bund geschaffen und im Land erhalten werden. Dazu gehört unabdingbar:

- Die Mitgliedschaft in einer Partei oder sonstigen Vereinigung, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, begründet in der Regel Zweifel daran, ob der Bewerber jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird.
- Bleiben die Zweifel bestehen, so ist der Bewerber abzulehnen.
- dem Staat dürfen bei der Ermittlung der Verfassungsfeinde nicht die Hände gebunden werden.

Das Verfahren der Ablehnung muß sich, so wie in Baden-Württemberg, in einem konsequent rechtsstaatlichen Verfahren vollziehen. Jeder Bewerber, bei dem Erkenntnisse vorliegen, muß gehört werden. Jede ablehnende Entscheidung muß begründet und zur Begründung dürfen nur gerichtsverwertbare Tatsachen herangezogen werden. Damit unterliegt jede Entscheidung der vollen Nachprüfbarkeit durch die Gerichte. Damit zeigt sich: Die von SPD und FDP immer wieder aufgestellte Behauptung, dem baden-württembergischen Verfahren mangle es an Rechtsstaatlichkeit, ist im Grunde ein Angriff gegen unsere unabhängigen Gerichte und gegen unseren Rechtsstaat.

Offenkundig sind SPD und FDP tatsächlich nicht bereit, Extremisten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Ihre im Bundestag eingebrachte Novelle zum Beamtenrechtsrahmengesetz beweist es ebenso wie ihre böswilligen Verleumdungen des baden-württembergischen Verfahrens. SPD und FDP mangelt es auch in dieser Frage an einer geradlinigen und festen Haltung. Der Einfluß der linken Flügel in beiden Parteien läßt eine solche Einstellung nicht zu.

Die CDU bedauert, daß SPD und FDP freiheitlich-rechtsstaatliche Grundpositionen vielfach preisgegeben haben, die unter Kurt Schumacher und Theodor Heuss noch selbstverständlich waren. Ihnen standen die Erfahrungen der Weimarer Republik noch deutlich vor Augen. Denn es ist nicht wahr, daß der Ausschluß von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst Ausdruck einer antiliberalen Haltung ist. In

Wahrheit handelt nicht derjenige liberal, der gegenüber den Feinden der freiheitlichen Ordnung eine Politik des Gewährenlassens betreibt. Liberal handelt vielmehr derjenige, der es auf sich nimmt, aktiv die Freiheit seiner Mitbürger zu schützen.

XI. Rechtspolitik

Recht sichert die Freiheit

Die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung, ihre Bewahrung und ihre Erneuerung sind Ziel und Inhalt der Rechts- und Justizpolitik der CDU. Die Rechtspolitik muß im Sinne des Grundgesetzes als eine Wertordnung verwirklicht werden, die den inneren Frieden gewährleistet. Nur von diesem Zentrum aus kann die Rechtsordnung befriedigende und befriedende Antworten auf die drängenden Tagesfragen geben. Zugleich gilt es, Recht und Gesetz entschieden durchzusetzen und damit den einzelnen Bürger ebenso wie unsere staatliche Ordnung zu schützen und damit die Freiheit des Einzelnen und die Freiheit im ganzen zu gewährleisten.

Die CDU bekennt sich zu einem materiellen Verständnis des Rechtsstaates, das sich nicht in der Einhaltung formaler Spielregeln erschöpft. Der Rechtsstaat muß sich die Verwirklichung der Gerechtigkeit zum Ziele setzen und insgesamt seine Macht auf die Seite des Rechts stellen.

Die CDU wird sich auch künftig mit Entschiedenheit gegen äußere oder innere Angriffe auf die Integrität der Rechtsprechung wehren. Sie wird in ihrem Bemühen fortfahren, die gesetzlichen, die personellen und die sachlichen Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen und raschen Rechtsgang zu schaffen. Sie tritt dafür ein, daß die Justiz bürgerfreundlich ist, daß tatsächliche oder vermeintliche Hemmnisse bei der Durchsetzung des Rechts beseitigt werden und sozial schwachen Bürgern durch kostenlose Rechtsberatung Chancengleichheit vor dem Recht gesichert wird.

Die CDU wird sich für eine weitere Verbesserung des Strafvollzugs im Lande einsetzen. Sie sieht darin einen entscheidenden Faktor für die innere Sicherheit und zugleich eine soziale Hilfestellung für den Straftäter nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Entscheidend ist dabei eine nüchterne und realistische Einschätzung der tatsächlich gegebenen Möglichkeiten zur sogenannten Resozialisierung des Straftäters. Vollzugspolitik kann ebenso wenig auf der Grundlage von Utopien wie auf der Grundlage von Ideologien gemacht werden, die im Straftäter nur einen Kranken sehen.

Die CDU sieht es als entscheidend an, daß das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung entwickelt und gestärkt wird. Ein gedeihliches Zu-

sammenleben der Bürger hängt ganz wesentlich davon ab, daß der Einzelne nicht nur seine Rechte kennt und durchzusetzen vermag, sondern auch die Rechte der anderen achtet und für Recht und Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft eintritt.

XII. Die Mitverantwortung des Landes Baden-Württemberg für die Außen- und Sicherheitspolitik

Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit können nur bewältigt werden, wenn die CDU den unauflösbaren Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik auch künftig deutlich macht. Hierfür trägt die von der CDU geführte Landesregierung Mitverantwortung.

Die SPD/FDP-Regierung hat mit dem Moskauer-, dem Warschauer- und dem Grundlagenvertrag völkerrechtlich verbindliche Abkommen getroffen. Die CDU bewertet diese Verträge im Sinne der gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag. Es bleibt aber festzuhalten, daß diese Ostpolitik die Erwartungen aller Deutschen tief enttäuscht hat. Den von uns erbrachten Leistungen stehen keine Gegenleistungen gegenüber. Die in Aussicht gestellten menschlichen Erleichterungen sind weitestgehend ausgeblieben. Die unmenschliche Trennung der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands ist nicht überwunden, sondern vertieft worden. Der Ausbau des Todesstreifens und die Zwangsadoption sind dafür beredete Beispiele. An die Stelle von mehr Menschlichkeit treten immer neue Zahlungen in Milliardenhöhe.

Die CDU verfolgt nach wie vor das Ziel, die Einheit der Nation zu erhalten und die Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk zu verwirklichen. Sie bekennt sich zur vollen Solidarität mit den Vertriebenen und Flüchtlingen. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen ist unser gemeinsames Anliegen und bleibt unsere unverzichtbare politische Forderung. Zusammen mit den Vertriebenen und Flüchtlingen werden wir auch künftig an einem Ausgleich mit unseren östlichen Nachbarn beharrlich arbeiten, der die deutschen Rechte nicht preisgibt, Existenz und freie Entfaltung der Nachbarvölker achtet und auf Gewalt verzichtet, wie es in der Charta der Vertriebenen schon 1950 feierlich erklärt worden ist.

Seit Konrad Adenauer sind Deutschland- und Europapolitik nicht voneinander zu trennen. Der Zusammenschluß der freiheitlich europäischen Staaten zu einer politischen Union bleibt unser Auftrag. Aus der Nachbarschaft unseres Landes zu Frankreich, Österreich und der Schweiz erwächst Baden-Württemberg eine besondere Verpflichtung zu europäischer Zusammenarbeit.

Die fortdauernde Bedrohung der freien Welt durch die Sowjetunion und den Warschauer Pakt erfordert die europäische und atlantische Solidarität. Die Staaten des Warschauer Paktes sind unter Führung der Sowjetunion mehr denn je in einer gewaltigen Aufrüstung begriffen. Deshalb dürfen unser Wille und unsere Bereitschaft zur Verteidigung nicht ausgehöhlt werden.

Der Auftrag unserer Bundeswehr liegt darin, unsere Freiheit im Bündnis der NATO zu verteidigen. Dies muß – als eine Pflicht für die Gemeinschaft – wieder stärker in das allgemeine Bewußtsein eingehen. Es ist Bürgerpflicht, zur Verteidigung der Heimat beizutragen.

XII. Schlußbemerkung

Die CDU wirbt um das Vertrauen der Bürger dieses Landes. Sie setzt ihre Politik des Augenmaßes und der Vernunft gegen eine Politik sauertöpferischer Bevormundung und ideologischer Verklemmtheit.

Die CDU wird alle Kräfte dafür einsetzen, daß die Tugenden der Baden-Württemberger, der Fleiß, die Sparsamkeit, der Erfindungsreichtum, die Beharrlichkeit, die Lebensfreude und der Sinn für freiheitliche Traditionen unser Land weiter voranbringen in eine gesicherte Zukunft.

MIT UNS FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG